

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogenen
Gingertagen in die Post
zeitungsschreiber Nr. 6432.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen die
gepaßte Kolonel-Zeile
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von W. Brey.
Druck von E. A. H. Meissner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Betriebsprech-Anschluß 3002.

Die Finanzen der Gewerkschaften

ermangeln heute genau so der Stabilität wie die Finanzen des Reiches, der Staaten, der Kommunen oder eines Privathaushaltes. kaum haben die gewerkschaftlichen Verbände eine Regelung der Beiträge vorgenommen in der Absicht, den Teuerungsberechnungen Rechnung zu tragen, d. h. die Unterstützungssätze zu erhöhen, weil die seitherigen Sätze nicht mehr hinreichend zur Beschaffung des Notwendigsten sind, da überflutet eine neue Teuerungswelle das ganze öffentliche Leben und spult alle Berechnungen hinweg. Gewiß, auch in früheren Jahren, in der Vorkriegszeit, mußten die Gewerkschaften sich den "Verhältnissen" anpassen, mußten der Preisentwicklung Rechnung tragen und von Zeit zu Zeit ihre Beiträge erhöhen, um die Verbandspflichten erfüllen zu können. Über damals kamen die Verbände in der Regel mit ihren Beitragsfischen doch von einem Verbandstag zum anderen. Manchmal hat es sogar noch länger gedauert, bis sich wieder eine Änderung notwendig machte.

In welchen Zeiträumen speziell unser Verband seine Beiträge in der Vorkriegszeit geregelt hat, ergibt sich aus der folgenden Aufstellung:

Zeitraum (einschließlich)	Beitrag pro Woche für männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder
	Wiemann	Wiennige
1890 bis 1892	5,77*	—
1893 bis 1898	10	5
1898 bis 1902	15	7,5
1903 bis 1904	20	10
1905 bis 1906	30	20
1907 bis 1910	40	20
1911 bis 1914	45	25
1918 bis 1919	60—75	25
1920	80—105	70

Im Jahre 1917 hat der Verbandstag in Hannover eine Erhöhung der Beiträge vorgenommen mit Wirkung ab 1. April 1918. Eine weitere Erhöhung der Beiträge erfolgte dann wieder Anfang 1920. Von da an war jede Röntgenation auf längere Zeit unmöglich. Die Mitgliedschaft unseres Verbandes weiß, wie eine Teuerungswelle nach der anderen einsetzte und immer wieder neue Maßnahmen forderte. Die letzte Erhöhung der Beiträge wurde vorgenommen auf der im Oktober 1921 tagenden Verbandsversammlung. Die neuen Sätze sind am 1. Januar 1922 in Kraft getreten, und schon zeigt sich ihre Unzulänglichkeit. Obwohl der Grundbeitrag erhöht wurde bis zu 5 M. pro Woche, waren die Zahlstellen gezwungen, die Lokalteile ganz wesentlich zu steigern, um ihren Stand überhaupt im Gleichgewicht halten zu können. Eine ganze Reihe von Zählstellen erhoben zu dem Grundbeitrag einen Zusatz von 5 M., insgesamt also einen Beitrag von 10 M. pro Woche, für männliche Mitglieder. Dazu kommen für die Lokalteile noch die Anteile an den Grundbeiträgen. Zugleich sind die Mittel unzureichend. Daraus ergibt sich, daß unser Grundbeitrag bereits bei Infrastruktur am 1. Januar 1922 von der Entwicklung schon wieder überholt war. Die Verbandsinstanzen werden sich erneut mit der Frage der Beitragsregelung beschäftigen müssen. Die jetzt bestehenden Unterstützungssätze werden allgemein als unzureichend angesehen, und es kann auch gar kein Zweifel bestehen, daß sie es sind. Die jetzigen Sätze bei Streik oder Maßregelungen bewegen sich im Höchst- und Mindestfall zwischen 150 und 36 M. pro Woche. Aber selbst die Höchstsätze reichen heute für eine Familie nur so weit hin, daß sie nicht ganz verhungert. Diese Tatsache birgt Gefahren in sich. Nicht als ob wir unsere Mitglieder der Unzufriedenheit zeihen wollten, aber es ist nun einmal so, daß bei solchen Unterstützungsätzen sehr leicht ein Abfallen der Streikenden eintreten kann und damit eine eingeleitete Bewegung unter Umständen zusammenbrechen muß, zur weil die Unterstützungsätze für die Unzufriedenen zum Leben nicht hinreichen. Keine Organisationsleitung darf sich solchen Tatsachen gegenüber unrichtig verhalten, und es haben ja auch in letzter Zeit mehrere Verbände ihren Grundbeitrag erhöht, weil es anders einfach nicht mehr ging. So beträgt heute der Grundbeitrag bereits: In den Verbänden der Schuhmacher, der Maler und der Lederarbeiter 6 M., im Buchdrucker- und 6,50 M., in den Verbänden der Böttcher, Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Metallarbeiter 7 M., in den Verbänden der Druckgraphen und Steindrucker, der Holzarbeiter und der Reichsmünzen und Heizer 8 M., in den Verbänden der Bekleidungsarbeiter und der Porzellanarbeiter 9 M., im Buchdrucker- und 9,50 M., im Bergarbeiterverband 10 M., in den Verbänden der Bäuer und der Glasarbeiter 12 M., im Verbände der Steinmacher 13 M., im Deckenarbeiterverband 14 M., im Textilarbeiterverband 15 M. Einige dieser Verbände sehen trotzdem schon wieder die Notwendigkeit einer Regelung der Beiträge, weil genau wie bei uns die Unterstützungsätze der Teuerung gegenüber unzureichend geworden sind.

Dass die wirtschaftlichen Kämpfe in der Zukunft nicht an Umfang und Wucht verlieren, steht heute schon fest. Trotz der ungeheueren Steigerung für alle Bedarfsgüterländer, wie Brot, Fleisch, Fett, Kartoffeln, Bier, für Bekleidung, Wäsche, ferner der Verfehlsmittel, des Porols usw., weigern sich die Unternehmer und Unternehmensverbände, erneute Lohnerschöpfungen einzugeben.

* Monatsbeitrag 25 Pf.

Es wird also ohne erbitterte Kampf nicht abgehen. So hat unser Verband allein für Streiks im vierten Quartal 1921 bereits den Betrag von 5 Millionen Mark ausgegeben. Hierbei ist zu beachten, daß das vierte Quartal in früheren normalen Zeiten die sogenannte frische Zeit war, d. h. die Zahl der Lohnbewegungen ging in dieser Zeit immer stark zurück. Das ist anders geworden. Die harten Tatsachen sprechen. Die Not der Mitglieder zwingt in den sonst ungünstigsten Zeiten den Kampf zu führen um das Leben und Todurkraft. Es gibt da keinen Ausweg. Das ist nun einmal das Schicksal des heutigen Proletariats, das sich in der Übergangsperiode zwischen zwei gegensätzlichen Wirtschaftsformen befindet.

Neben der Verdunstung aller Nahrungs-, Genuss- und sonstiger Bedarfsartikel für den Einzelhaushalt hat uns die kapitalistische Wirtschaftsform auch Teuerungen gebracht, die zunächst und vorwiegend für den Verbandsaufwand in Frage kommen. Wir meinen die innerhalb einiger Monate geradezu ungeheurelich gestiegenen Preise für Papier, Porto, Fahrscheine, für alle Utensilien der Verbandsseinrichtungen. Auch aus diesem Grunde ist die Notwendigkeit einer Neuregelung unserer Verbandsfinanzen in greifbare Nähe gerückt. Aus all den angeführten Gründen wird unseren Mitgliedern nichts anderes übrig bleiben, als im Interesse des gesamten Organisationskörpers wie auch im Interesse des einzelnen Mitgliedes sich mit dem Gedanken einer notwendig werdenden Beitragserhöhung zu beschäftigen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich darüber bereits selbst klar geworden sind, insbesondere dort, wo sie in der letzten Zeit praktische Erfahrungen gesammelt haben, also wo sie gezwungen waren, die Streik- oder Gewahrselregelungen unterstreichung in Anspruch nehmen zu müssen. Nicht einer Laune, einer persönlichen Liebhaberei folgend, werden die Verbandsinstanzen die hier behandelte Frage auf, sondern einer unerbittlichen Notwendigkeit folgend, der alles Rechnung tragen muß: einer zwangsläufigen Entwicklung, die wir nicht aufhalten können. Wir können nur versuchen, uns ihr anzupassen.

Der Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Hauptwärter

hat mit voller Klarheit gezeigt, welche ungeheure Verantwortung die Organisationsleitung eines solchen Verbandes trägt. Um resp. vierzehn Tage Silbermond unseres Verbandswesens muß die gesamte Industrie zum Stillstand und damit eine ungeheure Arbeitslosigkeit bringen. Diese Folgen sind unabsehbar, weil mit dem Auftreten des Transportverkehrs der Industrie die Schleife schließt. Über auch die Lebensmittelzufuhr nach den Städten hören auf. Die Gas-, Elektrizität-, Wasserwerke müssen den Betrieb einstellen. Es fehlt dann an Arbeit, an Einkommen, an Lebensmitteln, an Bedeutung, ja selbst an Trinkwasser. Daraus erwächst der Bürgerkrieg und der Zusammenbruch unseres ganzen Staats- und Wirtschaftslebens. Aus diesem Grunde ist eine Organisationsleitung verpflichtet, sich der Tragweite ihrer Handlungen klar zu werden, bevor sie das letzte Mittel im Wirtschaftskampf, den Streik, zur Anwendung bringt.

Die Leitung der Reichsgewerkschaft hat den Beweis nicht erbracht, daß sie genügend Orientierungsfähigkeit trug, sonst hätte sie nicht den Streik erklärt, bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Zweifellos hatte auch der Verbandsminister sich in seiner Antwort bergriffen, als er gleich mit Disziplinarverfahren und Strafen drohte. Das kommt aber für die Leitung der Reichsgewerkschaft kein Grund sein, alle Regeln gewerkschaftlicher Tarifautonomie acht zu lassen. Hätte sie nicht unbedingt und unter Ignorierung des Deutschen Eisenbahnverbandes gehandelt, hätte sie sich ihrer Mitgliedschaft und der Arbeiterbewegung eine Blamage und eine schwere Niederlage erparat.

In einer so wichtigen, die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes berührenden Frage durfte erstens einmal der Vorstand nicht allein entscheiden. Die Abstimmung hätte durch die beteiligten Arbeiter- resp. Betriebsgruppen selbst erfolgen müssen. Zweitens ist der Fall wohl einzig bestehend, daß bei einer so einschneidenden Entscheidung nicht mindestens eine Zweidrittel-Mehrheit vorausgesetzt war. Der Streik wurde vom Vorstand mit 20 gegen 15 Stimmen beschlossen. Sodat einzigtartig gewerkschaftlich geschaltete Arbeiter weiß, daß man bei einem solchen Stimmenverhältnis keinen Streik riskieren kann. Trotzdem rief die Marke verzweigt: Am 2. Februar haben alle Gewerkschaften die Arbeit einzustellen. Wie sich die übrigen Gewerkschaften zu dem planlosen Streik verhalten, ergibt sich aus folgendem Aufschlüsselung:

Eine Verleumdung des Fabrikarbeiterverbandes?

Es ist eine schöne Sache für Unternehmerorganisationen, wenn sie in ihren unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Nachrichtenblättern, wie man zu sagen pflegt, "ein Ding drehen" können, ohne befürchten zu müssen, erwischt zu werden. Aber manchmal geht die Sache doch schief, wie nachfolgender Fall beweist.

Gelegentlich der Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern des Deutschen Transportarbeiterverbandes und der Direction der Hannoverschen Straßenbahn wollte die genannte Direction auch die Gelben zu den Verhandlungen hinzuziehen, mit der Vergrößerung der Fabrikarbeiterverband habe in Schlesien gemeinsam mit den Gelben Verträge abgeschlossen. Zunächst war es uns nicht möglich, die Verbreiter dieser unzulässigen Nachricht zu fassen. Nur einmal kamen uns die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden "Mitteilungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" in die Hände. In der Nr. 43 vom 7. November 1921 dieses Organs lesen wir:

"Der Allgemeine Arbeitgeberverband Brieg leistet mit, daß er für zwei Werke in der Industrie der Steine und Eisen Werktarie abgeschlossen hat, an denen auf Arbeitnehmerseite sowohl der Deutsche Fabrikarbeiterverband wie der Deutsche Arbeiterbund (Unterverband des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften) als Tarifparteien beteiligt ist. Da wir den Nationalverband für tarifatisch halten (vgl. Mitteilungen Nr. 35) ziehen dem Abschluß von Tarifverträgen mit dem Deutschen Arbeiterbund Vedenstein nicht entgegen, zumal hier nun auf eine freie Gewerkschaft zu einem gemeinsamen Tarifabschluß mit dem Nationalverband bereit war. Wir nehmen an, daß diese Mitteilung von Interesse für unsere Mitglieder sein wird."

In welch unethischer Weise der Allgemeine Arbeitgeberverband Brieg die Wahrheit vergeholt hat, ergibt sich aus einer Bezeichnung, die unser Gauleiter für Schlesien, unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes, dem genannten Arbeitgeberverband übermittelt hat. Daraus ergibt sich: Am 20. September 1921 erschien der Vertreter unserer Organisation im Justizbüro der Schmiedefabrik Brieg, wo die Tarifverhandlungen stattfanden. Kurz vor Schluss der Verhandlungen meldete sich einer der im Bureau bereits bei Ankunft unseres Vertreters Anwesenden zum Borte, von dem unser Vertreter angenommen hatte, er sei ein Beamter der Polizei, da er sich nicht vorgestellt hätte. Erst jetzt merkte unser Vertreter an dessen Ausführungen, daß er den Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes vor sich hatte. Unser Vertreter hat nun mehrfach gegen die Ausschreitung des Werkbereichs protestiert. Er lehnte ab, das Abkommen zu unterschreiben, wenn der Werkbereich unterteilt würde. Dessen Unterschrift ist dann auch unterschrieben. Der Deutsche Arbeiterbund kommt somit als Tarifpartner nicht in Frage. Dagegen heißt es in den "Mitteilungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände", der Deutsche Arbeiterbund sei Tarifpartner.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband Brieg (geradezu gewerkschaftlicher Arbeitgeberverband Brieg, zu Händen des Herrn Dr. Wille) wird nun mehr erklären müssen, wie er zu jener unbarmherzigen Darstellung gekommen ist. Wir danken auf Einigkeit.

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten gewerkschaftlichen Standards hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Hauptwärter durch Aufschriften zum Streik den Eisenbahnerleiter, und den für die Fortsetzung des Vertrages nötigen, bestreikt und unerlaubt unterteilen, den Standort der wichtigsten Gewerkschaften nach einem geheimen Vorgehen nachzubauen. Dieser Bruch ist einer Beamtengruppe nach der vorliegenden wirtschaftlichen Lage und bei einer nur kurzen Dauer die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer besonders in den Großstädten, wo das verdienstlose gefordert. Geradezu Katastrophen aber nicht dieser Streik bereits jetzt, das Bogen vor der Konferenz in Genf, um die andere Politik ein. Die Verantwortung gegenüber den von ihren vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten wie gegenwärtig dem gesamten Volke liegt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebietende Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Güter zu erneutern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die für diesen besondern Streikfall der Reichsbauern erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen haben bei ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung von dem Stand der Beleidungsfrage Kenntnis genommen. Die Reichsregierung erklärte ferner ausdrücklich, daß alle Güter- und Behauptungen über eine beabsichtigte Fortsetzung des Vertragsmaßnahmen Kodifikationsdurchgang unzutreffend sind.

Damit ist die Verlängerung der widrigen Beamteneinheiten und der Schutz des Eisenbahnverkehrs aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von den organisierten Arbeitern, daß sie sich entsprechend an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutsche Gewerkschaftsbund,
gg.: Seipatz
Deutscher Gewerkschaftsbund,

gg.: Walterich
Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten, u. Beamtenverbände,
gg.: Hartmann. gg.: Schneider

Allgemeiner Sozial-Angestelltenverband,
gg.: Lohhäuser. gg.: Süß

Die Reichsgewerkschaft hätte wissen müssen, daß ein Streik, der von allen Gewerkschaften, von der Arbeiterfront und den Angestellten verboten wird, schon im Anfang verloren ist. Die Leitung der Reichsgewerkschaft müßte wissen, daß sie keinen Vertragspartner, sondern den Vertreter des gesamten Volkes gegenübersteht, daß es sich nicht um einen Vertrag handelt, der ohne weiterliche Nachfrage für die Gesamtheit festgelegt werden kann, sondern um ein Unternehmen, von dem unter Umständen die Existenz des Staates abhängt. Während des Streiks neue Streitpunkte zu suchen, wie es die Reichsgewerkschaft getan hat, zeigt eine weitere Schwäche der Organisationsleitung. Die Reichsgewerkschaft wird für die Zukunft ihre Taktik reden müssen, wenn sie nicht wieder in ähnliche schwere Lagen kommen will, wie bei dem Streik im Februar 1922.

Wie reicht die Position der Reichsgewerkschaft war, ergibt sich aus der klandalen Abmachung mit den Regierungswerken am 7. Februar. Die von den Vertretern des Deutschen Beamtenverbands und der Postgewerkschaft — die als Vertreter der Brief-

seit verloren verbraucht wurde. Eine Gesamterziehung oder eine Geschäftsschulung dürfte deshalb auf dem bisher eingeschlagenen Wege nicht zu erreichen sein.

Verständnis ist ein Lebensvorgang. Das innere Erleben bestimmt Vorgänge, zeitigt das Verständnis. Wir müssen die Probleme, die der Gewerkschaftler begreifen soll, zu einer Zeit in die Gedankenwelt des Arbeiters bringen, in der kein inneres Leben nicht durch stärkere Einflüsse in Anspruch genommen ist. Und das ist die Zeit der Jugend, die Zeit der jungen Entwicklung des menschlichen Geistes. In dieser Periode ist der Mensch am ausnahmefähigsten. Er macht seine Erfahrungen fast unbedingt. Die Jugend lebt sich gleichsam in die Dinge hinein, die ihr geboten werden. Nutzen wir deshalb die Gelegenheit und bieten auch unserer Jugend die Möglichkeit, was zu erlangen, was sie im späteren wirtschaftlichen Kampfe braucht, um die Dinge mestern zu können. Jugendberichtung ist schlechtweg Folsomierung, zu der wir schon im Interesse des Sozialismus unbedingt verpflichtet sind. Deshalb dürfen wir uns als Organisation der Fabrikarbeiter der Jugendpflege und der Jugendberichtung nicht entziehen.

Welche Ausklärung könnte gerade unserer Jugend gegeben werden? Man denkt nur an die Arbeit ohne Seele, die in der chemischen Industrie geleistet werden muss. Die kienischen Arbeiter haben eine Ahnung von den chemischen Prozessen und Reaktionen in den Kompressoren und den Reaktoren. Die Unterschätzung der Gefahren in der chemischen Industrie sind doch ein klassisches Beispiel hierfür. Bei der Jugend könnte schon viel getan werden, um eine große Unkenntnis der Arbeitsgefährden zu verringern. Um die Jugend in den anderen Verbundsgebieten steht es nicht besser. Schon weiß unserer Jugend durch das Fehlen einer beruflichen Ausbildung ein ernsteres Streben nicht gegeben ist, haben wir die Pflicht, den aufstrebenden jugendlichen Geistern helfend zur Seite zu treten und ihre Entwicklung zu beeinflussen. Der Fabrikarbeiterjugend können wir einen Lebensinhalt bringen, darum dürfen gerade wir in der Jugendpflege nicht zurückstehen.

Hast alle übrigen größeren Berufsvereinigungen sind uns in dieser Weise vorangegangen, und auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Initiative ergriffen, um diese Bestrebung wegweisend zusammenzufassen. Eine Konferenz der gewerkschaftlichen Jugend hat bereits ihre Bestrebungen und Forderungen beschlußmäßig niedergelegt, und es fragt sich nun: Wollen wir als Fabrikarbeiterverbund in der Auswirkung dieser Beschlüsse mitwirken? Das kann doch unmöglich der Wille unserer Organisation sein.

Auch wir brauchen in unserer Organisation den Nachwuchs. Sicher notwendiger wie alle anderen. Der Überfluss an Funktionären ist bei uns nicht groß, und er wird noch geringer werden, wenn es uns nicht gelingt, eine Einrichtung zu schaffen, die die Jugend erneut zu gewerkschaftlicher Tätigkeit auf die Mittel und Wege der gewerkschaftlichen Jugendpflege soll hier nicht eingegangen werden, denn die sind zu mannigfaltig, als daß sie im Rahmen dieser Ausführungen gekennzeichnet werden könnten. Vorstehend handelt es sich um die Bejahung der Jugendarbeit innerhalb unserer Organisation, und dieser soll hiermit das Wort gesprochen werden.

Genaue die Gewerkschaften sind heute dazu berufen, die Pflege der arbeitenden Jugend zu übernehmen. Die jugendlichen Jugendbewegungen, die unter dem leidigen Richtungskreis der Arbeiter zu leiden haben, eben lange nicht den Einfluß auf die Jugend aus, wie es die Gewerkschaften tun können. In die Gewerkschaften sind die Jugendlichen fast zwangsläufig gekommen, und es dürfte nun nicht schwer sein, bei diesen jugendlichen Mitgliedern eine tätige Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben zu wecken. Es erwacht uns die Pflicht, der Jugend unsere ganze Aufmerksamkeit zu schenken. Das Ziel im Emanzipationskampf der Arbeiter will ganze Menschen sehen, wie ja auch nur ein klarer Wille und ein klarer Verstand uns diesem Ziele nähern können. Tragen wir als Organisation unser Teil dazu bei, doch die werdende Generation der Arbeiter nicht in einer so tiefen Unwissenheit heranführen, wie die Arbeiterschaft der vergangenen Generation. Wir füllen damit eine bedeutende Lücke im Bildungsprogramm unseres Verbandes. Unsere Fabrikarbeiterjugend sollte die Söhne und Töchter unserer Kollegen werden mit Freuden unsere geistige

für die Fabrikation in den Betrieb zu geben. Und der Betrieb hätte mit Schmerzen auf die endliche Aufnahme der Arbeit. Die vollständig eingerichtete Werkstatt war da, die Angestellten und Arbeiter waren da, ja, der wichtigste aller industriellen Rohstoffe, das nötige Betriebskapital, war auch reichlich da, und trotzdem kam die Fabrikation nicht in Schwung. Kurz und gut, der ganze Stromerzeuger erwies sich als das, was jeder Einzelne, der die Entwicklung der Stromtheorie im Laufe der letzten Jahre auch nur oberflächlich verfolgt hatte, schon beim Auftauchen der phantastischen Nachrichten ganz richtig vermutet, nämlich als ein ganz gewöhnlicher Bluff, der sein Eigenwert höchstens in dem „Salz von Kaffee“ aus dem 17. Jahrhundert findet. Damals war es das angeblich erfundene Verfahren, das durch eine hohe Dose vom Feuerzinn aus durch den Erdinneren bzw. seiner Spülungen und seinem Dienstmagazin wiederlang in Bewegung erhalten wurde, und dieses war es, was der Stromerzeuger, der angeblich die bei der Herstellung der Strom freiehandende Energie dem Menschen zur Verfügung stellen sollte. Wer sich für das Ende dieser ruhmvollen Erfahrung interessiert, der sehe darüber in der Zeitschrift „Die Elektrizität“ Nr. 11, vom 12. März 1921.

Dass auch die in letzter Zeit häufig erwähnte Stromverschaffung des Herrn Hoffmann auf völlig falschen Voraussetzungen beruht und niemals den erwarteten Erfolg haben kann, darüber sind sich die Fachleute von Anfang an klar gewesen. Wie weit der Erfinder jedoch von der Durchschaubarkeit eines wirtschaftlichen Stroms, die ein müdes Durchsuchender angeleseinen und nur harsch verdauten wissenschaftlichen Ergebnis und Formeln darstellen, überzeugt ist, darüber liegt nun natürlich einschließlich kein Urteil allen.

Noch harren die feiggedächtnigen Geldgeber auf die Ingangsetzung des Stromerzeugers und der Wärmemühle, da traut ihnen ein neuer Erfinder auf, der einen Lichtstrom erzielen kann, der ohne jegliche Art Spezialmaterial lediglich von der atmosphärischen Luft erzeugt wird und in der Größe von $13 \times 3 \times 5$ Meter etwa 700.000 Leistungsfähigkeit erzielen soll. Alsterlei Hochachtung vor diesen gigantischen Wollen. Wie wenig nimmt sich neben diesem Rammel einer Strommaschine die von der A. G. G. im Jahre 1917 erbaute Dampfmaschine aus, die in einem einzigen Gebäude 75.000 Dampfkilowatt erfasst, und trotz ihres ungeheuren Dampfverbrauches als eine Grechlein der benötigten Industrie in der ganzen Welt bewundert aufsehen erregt. Einem solchen Prabeklechtern in Düsseldorf ist es vorbehalten, die runde schwere Leitung in einer einzigen Weise zu erzeugen, ohne jeden Betriebskosten.

Ob sich auch für diese Erfindung die erforderlichen Geldgeber finden werden? Da noch einem jeden einzig gütigen Ratgeber die Dummheit niemals ankündigt, so ist dies leider nur zu sehr zu befürchten und die Brüderklublungen seien daher beigegeben.

Sorge aufzunehmen. Wir schaffen dadurch einen Lebensquell für die Entwicklung unserer Organisation. Wir haben dadurch das geistige Wachstum des Arbeiters im Interesse der Arbeit und somit im Interesse der Allgemeinheit. Also an die Arbeit, die nicht unerledigt liegen bleiben darf.

Punkt (Siegen).

Berichte aus den Zahlstellen.

Werdau und Umgegend. Am 15. Januar fand im Volks-Schulmuseum im Dorfhaus unsere Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, Kassenbericht und Jahresbericht; 2. Neuwahl des Ortsverwaltungsrates; 3. Wahlkomitee für Januar 1922; 4. Geschäftliches und Verschiedenes. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gebaute der erste Delegationsleiter Kollege Müller, der im vierten Quartal 1921 bestreitene Kollegen Ahne, Kleing, und Stein. Die Versammlung erörerte deren Amtsentfernung. Zu Punkt 1 gibt der zweite Delegationsleiter und Geschäftsführer Kollege Gehrard, eingehend Bericht. Die Einnahmen und Ausgaben im vierten Quartal 1921 blätteren: a) die der Hauptkasse: Einnahme 34.037 M., Ausgabe 18.855,50 M., an die Hauptkasse gefunden 23.651,20 M.; b) die der Sektkasse: Einnahme 63.355,56 M., Ausgabe 19.859,35 M., Kassenbestand 43.996,21 M. In Marken wurden 12.103 Stück verkauft. Neu eingetreten sind 61 Mitglieder. Der Mitgliederbestand beträgt 880 männliche, 80 weibliche, zusammen 960 Mitglieder. Der Jahresklassenbericht für 1921 ergibt für die Hauptkasse 120.800 Del. in Einnahme und Ausgabe, für die Sektkasse 106.647,83 M., Einnahme und 82.651,62 M., Ausgabe. In Marken wurden verkauft 46.807 Stück. — Die Leistungen der Zahlstelle wurden erlebt in 58 Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss, 34 Verhandlungen bei der Begehrung, 39 Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden, 36 Betriebsversammlungen, 32 Mitgliederversammlungen, 29 Ortsverwaltungseinheiten, 12 Konferenzen, Beratungssitzungen usw., 28 Betriebsmännerversammlungen, 14 Betriebsarbeiterversammlungen, 7 Generalversammlungen, 12 Kartellsitzungen, 14 sonstigen Verhandlungen, 4 Abrechnungen, 619 Ausgänge 551. Dem Kartellier wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Zu Punkt 2 werden die bisherigen Kollegen wiederum und für den erkrankten Kollegen Joch. Stell. Kollege Barenzien neu gewählt. Soeben wurden die bisherigen Beiräte einstimmig wieder gewählt. Als Kartelldelegierte gehen aus der West hervor die Kollegen Johann Dommersdorf, Paul Hörst, Peter Dörscheler, Joseph Monziner (Borsdorf) und Wilhelm Kothl (Zschendorf). — Punkt 3. Die Wohnförderung ist dem Schlichtungsausschuss übertragen zur Entscheidung überreicht worden. Inzwischen haben mit der Stettiner Schmiedekräfte Widerstand gegen die Verhandlungen stattgefunden und sind auch zum Abschluss gelommen. Dasselbe bleiten die Grundzüge der Arbeitnehmer verdeckt. Die Löhne der Handarbeiter und ständigen Lohnarbeiter erhöhen sich um 0,50 M., die Stunde. Statt den bisherigen Leistungszuschlägen auf die geleistete Arbeitsstunde werden ab 1. Januar 1922 gezahlte: Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 0,80 M., von 16 bis 18 Jahren 1,00 M., von 18 bis 20 Jahren 2,15 M., über 20 Jahre 3,80 M. Die bisherigen Familienzuschläge bleiben bestehen. Die Versammlung bestätigte, daß der Kollege Gehrard sich mit dem Arbeitgeberverband zwecks Verhandlung für die Borsdorfer Kollegen in Verbindung setzen soll. Als Grundlage zu der Verhandlung soll obiges Abkommen der Dörschelerer Kollegen gelten. Es sollte unter allen Umständen verhindert werden, sobald wie möglich die Lohnverhandlung zum Abschluß zu bringen. — Zu Punkt 4. Bildet der Kollege Drechsler die amtsdevoten Kollegen, die Arbeitersprese zu bestellen, um so mehr, als gerade in der jetzigen Zeit die Arbeitserziehung in keiner Familie fehlen dürfte, da nur je allein die Interessen des Arbeiters vertreten. M. Wend.

Wittenberg. Unsere letzte Quattrosversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Wahl der Ortsverwaltung und Stellvertreter, 3. Wahl der Kartelldelegierten, 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erzielte Kollege Haas einen Rückstand auf die im vorherigen Bericht. Die Hauptkasse hatte in Einnahme und Ausgabe 19.519 M. Die Sektkasse hatte eine Einnahme von 8377,81 M. und eine Ausgabe von 5224,05 M., verbleibt ein Kassenbestand für das nächste Quartal von 3153,76 M. Dem Kartellier wurde Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 wurde Kollege Moldenhauer als 1. Kollege Denning als 2. Delegationsleiter, Kollege Krause als Schriftführer und als Beobachter die Kollegen Birnholz, Eggers und Kothlisch gewählt. — Zu Punkt 3 (Wahl der Kartelldelegierten) wurden folgende Kollegen gewählt: Brodowski, Birnholz, Henning, Moldenhauer, Kothlisch, Koep, Krebs und Reineke. Unter Punkt 4 wurden auf Antrag des Kolleginnen Anna Dötz und Ida Nigel wegen rücksichtiger Beiträge ausgezeichnet. Derrler wurde bestimmt, für Kollegen Möller eine Sammlung anzurichten zu lassen, um bestellter eine entsprechende Unterstützung zu können da Kollege Möller bei seiner Tätigkeit als Kommandeur des Betriebsrates eine schwere, langwierige Krankheit zugezogen hat. Auch wurde bestimmt, die Kollegen Möller und Jost noch weiter aus isolaten Mitteln zu unterstützen. B. F.

Duisburg. Die Biegeler-Kampagne und damit unsere Agitation fingen im vorjährigen Jahre sehr früh ein. Wir hatten auch ein gutes Resultat zu verzeichnen. Die Kollegen traten bis zum letzten Mann in einem Verbande bei. Die „Christlichen“ bespielen zwar, sie hören in Duisburg 2000 Mitglieder organisiert, aber in Düsseldorf und Umgegend sind noch nie so viele Mitglieder in einer Kampagne bestellt worden. Damit durfte diese Schärzung gezeichnet sein. Wie notwendig die Mitglieder eine einheitliche Organisation haben, zeigen die nachstehenden Wörter. Der Biegelerdelegierter H. Beder in Mülheim-Rath hatte den Arbeitern eine Arbeitsordnung nach einem handelsüblichen Modell vorliegen. Zwei Kollegen, die damit nicht einverstanden waren, wurden sofort ohne Abstimmung entlassen. Das Biegelerbericht ist Mülheim bewußt den Biegelerdelegierter zur Zustellung des Sohnes für 14 Tage. Irrsinnischer ließ sich dieser von den beiden Kollegen aber bestimmen, daß sie keine Forderungen mehr an die Firma hätten. Dessen war das Urteil gegenstandslos. Die Arbeitler werden nur bei sovielen Fällen immer erst bei der Verbandsleitung Nutzen ziehen, wenn sie vor jüngster Nachteil gezeigt sein wollen.

Zu der Biegeler-Mutter, Mülheim-Eichkrug, 1. Straße 72, stellen sich der Wehr und Herr Raun an den Standpunkt: „Wir geben uns bis zu neuen Gesetzen an, wir richten uns nach dem alten.“ Aber auch die alten Gesetze würden nicht eingehalten. Das haben die beiden Männer der Gewerbegeg. und beim Schiedsgerichtsstuhl befreien, wobei die Herren jedesmal hereingezollt sind. Zur Sommerwoche wollten die Arbeitler eine Verhandlung des Unternehmen im Aktenarbeitsamt. Unsere Wartung wurde in den Wind geschlagen. Aber schon einige Zeit später mäßten sie vier Wochen an, weil der Vorstand der Betriebsleitung zu groß geworden war. Hatten die Kollegen die Wartung der Betriebsleitung beantragt, so hätten sie durchaus können.

Zu der Biegeler-Stadt Hameln, Böseler Straße 2 Becker, Mülheim-Eichkrug, sind auch allzeit neue Geistige bestellt. Herr Becker stellt sich erst den Standpunkt: „Ich bin kein Alleinherrscher, ich schreibe mich um keinen Verband und keinen Betriebsrat.“ Bieck wollte er wissen, welcher Tarif am besten war, und dann wollte er den niedrigsten bezahlen. Er hatte die Forderung ohne weiteren Verhandlung und den Betriebsrat gemacht. Als diese nicht damit einverstanden waren, daß er nach dem niedrigsten Tarif gäbe, und darauf drängten, daß der niedrigste Tarif zur Anwendung komme, bestätigte er den geistigen Tarif und wollte neue Feste einführen. Das ging aber nicht so schnell, denn die Verordnung vom 8. November 1920 war im Wege. Der Schiedsgerichtsstuhl Hameln hatte das zu entscheiden. Herr Becker machte statische Rechte wieder einzuführen und die Tarife bestätigen, die die Kollegen durch ein Verbot verhindert haben. Der Schiedsgerichtsstuhl Mülheim bestätigte sie den Biegeler Tarif. Herr Biegeler bestätigte sie bei dieser Gelegenheit auf dem Platz des Hamelner Betriebsrates: „In den sozialen Maßnahmen von Hameln verlieren die Arbeitgeber immer, aber das nicht allein.“ Der Biegeler Tarif ist bestätigt.

Zu der Biegeler-Stadt Hameln, Böseler Straße 2 Becker, Mülheim-Eichkrug, sind auch allzeit neue Geistige bestellt. Herr Becker stellt sich erst den Standpunkt: „Ich bin kein Alleinherrscher, ich schreibe mich um keinen Verband und keinen Betriebsrat.“ Bieck wollte er wissen, welcher Tarif am besten war, und dann wollte er den niedrigsten bezahlen. Er hatte die Forderung ohne weiteren Verhandlung und den Betriebsrat gemacht. Als diese nicht damit einverstanden waren, daß er nach dem niedrigsten Tarif gäbe, und darauf drängten, daß der niedrigste Tarif zur Anwendung komme, bestätigte er den geistigen Tarif und wollte neue Feste einführen. Das ging aber nicht so schnell, denn die Verordnung vom 8. November 1920 war im Wege. Der Schiedsgerichtsstuhl Hameln hatte das zu entscheiden. Herr Becker machte statische Rechte wieder einzuführen und die Tarife bestätigen, die die Kollegen durch ein Verbot verhindert haben. Der Schiedsgerichtsstuhl Mülheim bestätigte sie den Biegeler Tarif. Herr Biegeler bestätigte sie bei dieser Gelegenheit auf dem Platz des Hamelner Betriebsrates: „In den sozialen Maßnahmen von Hameln verlieren die Arbeitgeber immer, aber das nicht allein.“ Der Biegeler Tarif ist bestätigt.

Zu der Biegeler-Stadt Hameln, Böseler Straße 2 Becker, Mülheim-Eichkrug, sind auch allzeit neue Geistige bestellt. Herr Becker stellt sich erst den Standpunkt: „Ich bin kein Alleinherrscher, ich schreibe mich um keinen Verband und keinen Betriebsrat.“ Bieck wollte er wissen, welcher Tarif am besten war, und dann wollte er den niedrigsten bezahlen. Er hatte die Forderung ohne weiteren Verhandlung und den Betriebsrat gemacht. Als diese nicht damit einverstanden waren, daß er nach dem niedrigsten Tarif gäbe, und darauf drängten, daß der niedrigste Tarif zur Anwendung komme, bestätigte er den geistigen Tarif und wollte neue Feste einführen. Das ging aber nicht so schnell, denn die Verordnung vom 8. November 1920 war im Wege. Der Schiedsgerichtsstuhl Hameln hatte das zu entscheiden. Herr Becker machte statische Rechte wieder einzuführen und die Tarife bestätigen, die die Kollegen durch ein Verbot verhindert haben. Der Schiedsgerichtsstuhl Mülheim bestätigte sie den Biegeler Tarif. Herr Biegeler bestätigte sie bei dieser Gelegenheit auf dem Platz des Hamelner Betriebsrates: „In den sozialen Maßnahmen von Hameln verlieren die Arbeitgeber immer, aber das nicht allein.“ Der Biegeler Tarif ist bestätigt.

Zu der Biegeler-Stadt Hameln, Böseler Straße 2 Becker, Mülheim-Eichkrug, sind auch allzeit neue Geistige bestellt. Herr Becker stellt sich erst den Standpunkt: „Ich bin kein Alleinherrscher, ich schreibe mich um keinen Verband und keinen Betriebsrat.“ Bieck wollte er wissen, welcher Tarif am besten war, und dann wollte er den niedrigsten bezahlen. Er hatte die Forderung ohne weiteren Verhandlung und den Betriebsrat gemacht. Als diese nicht mit-

ten. Delegierten getroffen worden, erhält Kollege Bacher das Wort. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im 4. Quartal 1920 56.253,95 M., die Ausgaben 23.788,65 M. Zu der Hauptkasse wurden gefunden 32.484,30 M. Die Einnahmen der Sektkasse betragen 48.476,95 M., die Ausgaben 21.555,16 M., bleibt ein Kassenbestand von 24.920,97 M. M. Im Schlüsse des 4. Quartals hatten wir 1826 Mitglieder, davon sind 1404 männliche und 422 weibliche Mitglieder. Der Geschäftsführer wird Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt, Schiedsgericht, gibt Kollege Bacher einen Überblick über das verflossene Jahr. Zu Punkt 3, Neuwahl der Ortsverwaltung, werden gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Biermann, Schriftführer Borchardt, als Beobachter Maxine, Eggers, Rautenkämper, Oberholz, Böhlert (Ritterhof), Wille (Schedthausen) und Lüttje (Kallenberg). Zu Punkt 4, Autoges, bringt der Kollege Biermann ein Schreiben der Schiedsgerichtskommission zur Berichtigung, die auf dem letzten Verbandsstag fragiert wurde, nach welchen den Angestellten vom 1. Dezember an eine laufende monatliche Leistungszusage von 800 M. zugestanden wurde. Zu Punkt 5, Verschiedenes, sprachen zwei Kollegen vom proletarischen Gesundheitsdienst und legten in ihren kurzen Worten Sium und Ziel des Unternehmens vor. Die Ausprache war eine rege, indem die Kollegen anderer Bezirke die Befürchtung hegten, daß man etwas bestätigt und übermaß dann mit dieser Errichtung in Betracht würde. Ein Antrag, dem proletarischen Gesundheitsdienst 500 M. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, für die Hilfskäffner Gewichtsaufnahmen aus reinem Feder anzufertigen. Nach einigen weiteren Punkten, die ihre Erledigung haben, folgt Kollege Biermann um 7 Uhr die ordentliche Generalversammlung. P. S.

Schlesien. Unsere Zahlstelle hielt am 15. Januar im Volks-Schulmuseum im Volkhau die Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Haas, gab die Einnahmen und Ausgaben im 4. Quartal 1921, die der Hauptkasse 12.103 Stück verkaufte. Neu eingetreten sind 61 Mitglieder. Der Mitgliederbestand beträgt 880 männliche, 80 weibliche, zusammen 960 Mitglieder. Der Jahresklassenbericht für 1921 ergibt für die Hauptkasse 120.800 Del. in Einnahme und Ausgabe, für die Sektkasse 106.647,83 M., Einnahme und 82.651,62 M., Ausgabe. In Marken wurden verkauft 46.807 Stück. — Die Leistungen der Zahlstelle wurden erlebt in 58 Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss, 34 Verhandlungen bei der Begehrung, 39 Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden, 36 Betriebsversammlungen, 32 Mitgliederversammlungen, 29 Ortsverwaltungseinheiten, 12 Konferenzen, Beratungssitzungen usw., 28 Betriebsmännerversammlungen, 14 Betriebsarbeiterversammlungen, 7 Generalversammlungen, 12 Kartellsitzungen, 14 sonstigen Verhandlungen, 4 Abrechnungen, 619 Ausgänge 551. Dem Kartellier wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Zu Punkt 2 werden die bisherigen Kollegen wiederum und für den erkrankten Kollegen Joch. Stell. Kollege Barenzien neu gewählt. Soeben wurden die bisherigen Beiräte einstimmig wieder gewählt. Als Kartelldelegierte gehen aus der West hervor die Kollegen Johann Dommersdorf, Paul Hörst, Peter Dörscheler, Joseph Monziner (Borsdorf) und Wilhelm Kothl (Zschendorf). — Zu Punkt 3. Die Wohnförderung ist dem Schlichtungsausschuss übertragen zur Entscheidung überreicht worden. Inzwischen haben mit der Stettiner Schmiedekräfte Widerstand gegen die Verhandlungen stattgefunden und sind auch zum Abschluss gelommen. Dasselbe bleiten die Grundzüge der Arbeitnehmer verdeckt. Die Löhne der Handarbeiter und ständigen Lohnarbeiter erhöhen sich um 0,50 M., die Stunde. Statt den bisherigen Leistungszuschlägen auf die geleistete Arbeitsstunde werden ab 1. Januar 1922 gezahlte: Jugendliche von 14 bis 16 Jahren 0,80 M., von 16 bis 18 Jahren 1,00 M., von 18 bis 20 Jahren 2,15 M., über 20 Jahre 3,80 M. Die bisherigen Familienzuschläge bleiben bestehen. Die Versammlung bestätigte, daß der Kollege Gehrard sich mit dem Arbeitgeberverband zwecks Verhandlung für die Borsdorfer Kollegen in Verbindung setzen soll. Als Grundlage zu der Verhandlung soll obiges Abkommen der Dörschelerer Kollegen gelten. Es sollte unter allen Umständen verhindert werden, sobald wie möglich die Lohnverhandlung zum Abschluß zu bringen. — Zu Punkt 4. Bildet der Kollege Drechsler die amtsdevoten Kollegen, die Arbeitersprese zu bestellen, um so mehr, als gerade in der jetzigen Zeit die Arbeitserziehung in keiner Familie fehlen dürfte, da nur allein die Interessen des Arbeiters vertreten. M. Wend.

Heilbronn. Wurde am 15. Januar 1922 im Volks-Schulmuseum die gebräuchliche Generalversamml

Beilage zum Proletarier

Nummer 6/7

Hannover, 18. Februar 1922

31. Jahrgang

Das Haus der Industrie

Chemische Industrie

Konferenz für die Tarifbezirke Köln, Essen, Mainz und Frankfurt.

Am 26. Januar tagte in Mainz eine Konferenz für die Tarifbezirke 4a, 4b, 6 und 7 der chemischen Industrie, die sich mit der Tarifentwicklung in diesen benachbarten Bezirken beschäftigte. Ausschließlich von dem Gedanken des Reichs-Rahmentarifs, daß in den Bezirken nur vier Lohnklassen eingeführt werden sollen, die Bestimmung aber in den vier Bezirken mehr oder weniger durchbrochen ist, sollte in einer gemeinsamen Aussprache ein Weg gesucht werden, der die Vereinheitlichung über zum mindesten die Vornahme der Tarife an die Bestimmungen des Rahmenvertrags ermöglicht. In eingehender Aussprache wurde die Entwicklung der Tarife in den vorhandenen Richtung dargestellt und hervorgehoben, daß nicht der Wille der Taristräger und der Verhandlungskommissionen der Arbeitnehmer diesen Zustand herbeigeführt hat, sondern tatsächlich vorhandene Schwierigkeiten in den Bezirken dieses Resultat zeitigten. Das gaben alle anwesenden Gauleiter, Bahnhofstellenvertreter und Kollegen aus den Betrieben zu. Als Ergebnis der Verhandlung sind folgende Richtlinien zu betrachten, nach denen nicht mit in den genannten Tarifbezirken, sondern möglichst in ganz Deutschland gearbeitet werden soll.

1. Eine weitere Gliederung in Wirtschaftsgebiete soll mit Nachdruck bekämpft werden.
2. Die soziale Lage soll allmählich abgebaut werden. Ein weiterer Ausbau der sozialen Lage ist unter allen Umständen abzulehnen.
3. Alford- und Prämienarbeit soll in der Fabrikation der chemischen Industrie nach Möglichkeit ausgeschaltet, resp. nicht eingeführt werden, weil sich die Produktion in der chemischen Industrie im allgemeinen nicht für Alfordarbeit eignet.
4. Wo die 48stündige Arbeitswoche eingeführt ist, muß dieselbe bestehen bleiben. Ein Abbau der bestehenden 56stündigen Arbeitswoche soll überall dort angestrebt werden, wo die Befreiung möglich ist.

Diese Richtlinien fanden einstimmig Annahme. Wir ersuchen alle Gauleiter und Verhandlungskommissionen, dieselben zu beachten.

gh.

Aus dem Leunawerke bei Merseburg

Wich dem "Proletarier" von einem Kollegen geschrieben:

Die am Schluss des vorigen Monats vor dem Zentral-Sicherungsausschuß Berlin zum Abschluß gebrachten Lohnverhandlungen der chemischen Industrie, Sekt. Vb, haben in der heutigen Belegschaft Besprechungen hervorgerufen, in denen sich die durch die "Märkulation" geschaffene zerrüttete Lage unserer Arbeitskollegen deutlich widerspiegelt.

Schon bei den vorausgehenden Verhandlungen führten die Unternehmervertreter dieser Industrie eine Sprache, die deutlich zu erkennen gab, daß das Ergebnis — auch der letzten Instanz — nur ein mageres sein konnte.

Laufende unserer Arbeitsbrüder haben ihren gewerkschaftlichen und auch den politischen Organisationen den Rücken gelehnt, ohne jegliche Rücksichtnahme seien diese Kollegen heute mit geballter Faust und zähneknirschend zu, wie sich das Unternehmerium an der neu geschaffenen Lage weidet. Aber größer als die Furcht über das "mangelhafte Einigegemkommen" ist die Furcht vor der Beitragsleistung und — was den kommunistischen Präfendressern recht deutlich gesagt werden muß — die Furcht vor der Wiederkehr verbrecherischer Aktionen! „Wir wollen freibleiben in unseren Entschließungen, wir lassen uns nicht mehr als Werkzeug benutzen, soll denn der Mist schon wieder beginnen“ u. a. liebliche Mitteilungen werden heute denjenigen an den Kopf geschnellt, welche sich Blöße geben, die Wirkungen der Märkulation auszugleichen.

Solange die Hege gegen unsere Gewerkschaftsbewegung als Hauptausgabe betrachtet wird, solange in den kommunistischen Redaktionen Leute Verordnung finden, die den eintretenden Betrieb als Riedelstein täglich mit Schlag bewerben, so lange wird es der deutschen Arbeiterschaft unmöglich sein, eine Einheitsfront zu schaffen oder als gleichwertiger Kampfverbund betrachtet zu werden. Die Frage der Alleinherrschaft wird — auch das muß leider unseren kommunistischen Freunden, welche sich dauernd im Siegestaumel befinden — von dem leider viel zu früh weggeflogenen Kapitalismus gegenwärtig überhaupt nicht ernst genommen. So, Kollegen, sieht die Sache in Wirklichkeit aus, von diesen Geschäftsmännern mußt ihr die neu geschaffene Situation betrachten, nur durch eure Gleichgültigkeit wird es dem Unternehmerium möglich, euren Vertretern eine ungebührliche Behandlung zuteil werden zu lassen. Verzweiflung und Stumpfsinn sind Eigenarten, die der Unternehmer nicht kennt, und auch bei euch müssen diese Mängel beseitigt werden. Galtet auch fern von allen die Arbeitskollegen schädigenden Streitigkeiten, hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen, und wir werden wieder gut machen, was uns Hubenhände im März zerstören haben.

Wir haben den Kampf mit einer der machtvollsten Industrien aufgenommen, und dieser Kampf kann der Arbeiterschaft nur dann Vorteile bringen, wenn wir über eine ausreichende und gefügte Kämpferschärfe verfügen.

Die Lage der Kali-Industrie an der Jahreswende.

Das Bankhaus Gebr. Darmann (Hannover) veröffentlichte einen Jahresbericht über Kaliwerke, der wie folgendes entrichtet:

Der Total des Kalibulbs, der im Jahre 1920 die Höhe von über 9 Milliarden Mark erreicht habe, blieb in den ersten zwei Monaten des Jahres 1921 ganz bedeutend hinter dem vorjährigen zurück. Erst im dritten Quartal wurde die Tendenz fortgesetzt, die besonders die Handelsmarken wieder zu intensiven Wirtschaft übergingen und große Aufträge erzielte. In den ersten 10 Monaten war weiter noch ein

Rinderdosis von über 1 Million Doppelzentner gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Erst im November war wieder eine ganz bedeutende Zunahme zu verzeichnen, so daß er mit 907 000 Doppelzentnern den vorjährigen November um 480 000 Doppelzentner übertraf. Auch der Dezemberverlauf nahm trotz der insgesamt in Kraft getretenen höheren Frachten einen außergewöhnlichen Umfang an, so daß Hoffnung besteht, daß die vorjährige Abnahmewelle doch noch wieder erreicht, vielleicht sogar noch überschritten wird. Die Ergebnisse der letzten Monate würden jedoch wahrscheinlich noch um mindestens 1 Million Doppelzentner höher ausfallen sein, wenn nicht der schwere Wagenanhang, der zeitweilig sogar die Kohlenversorgung der Werke ungünstig beeinflußte und mehrfach zu Verschieben zwang, so hemmend gewirkt hätte. Insgesamt belief sich der Absatz bis Ende November auf 7 944 000 Doppelzentner, davon gingen 6 725 000 Doppelzentner in das Inland und nur 1 200 000 Doppelzentner in das Ausland. Der Auslandsabsatz, der in dem letzten Dreivierteljahr annähernd 50 Prozent des Gesamtabzuges betragen hatte, war zeitweilig sogar auf etwa 5 Prozent zurückgegangen. Außer Amerika sind Kalisalze exportiert worden nach Holland, Skandinavien, England, Österreich und der Tschechoslowakei. Um den Absatz nach den südeuropäischen Staaten zu fördern, gründete das Kaliindustriat eine Niederlassung in Wien.

Die schwäbische Konkurrenz hat sich besonders in Amerika und einigen französischen Ländern mehrfach stark stöhrbar gemacht. Die spanische Konkurrenz kann für absehbare Zeit als ausgeschaltet gelten, nachdem sich herausgestellt hat, daß sich dort der Wiedereingang von Schäften fast unüberwindliche technische Hindernisse entgegenstellen (was uns, nebenbei gesagt, etwas sprödig vorzuhalten). Die amerikanische Kali erforschendstrie, die während der Kriegszeit unter Aufwendung bedeutender Mittel geschaffen wurde, spielt jetzt ebenfalls keine Rolle mehr. Der Herstellung von chemischen Produkten, besonders Strom, Bitumen usw., wurde auch im laufenden Jahre erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Produktionsangsicht leistet hierbei überaus wertvolle Dienste, so daß dieser Zweig für die Kaliindustrie immer bedeutungsvoller zu werden verhofft. Es erscheint die Möglichkeit gegeben, daß die chemische Großindustrie an der Kaliindustrie erneutes Interesse nehmen wird; verlaufen doch bereits von der Beteiligung eines großen Konsortiums an einigen führenden Kaliunternehmungen. Die Steinzollförderung, an der jetzt etwa 90 Kaliwerke beteiligt sind, verdient besondere Erwähnung. Die Einschätzungen aus diesem Geschäft haben allerdings gegenüber den Vorjahren eine wesentliche Einschränkung erfahren, da der Absatz auch hier bis in den Sommer hinein fast gänzlich gestoppt und die Auslandspreise bei dem herrschenden Überangebot auf ungefähr den dritten Teil des vorjährigen Durchschnittspreises sanken. Auch das Steinzollauslandsgeschäft litt unter dieser Krise. Das Steinzollauslandsgeschäft, das im Frühjahr reorganisiert wurde durch den Aufbau einer Reihe neuer Werke und Ausläufern der Großhändlerfirmen, die sich wiederum zu einem besonderen Verband zusammenge schlossen, hatte insgesamt einen schwächeren Stand. Die Bemühungen, die Steinzolllieferenden Werke zu einem Kaliands-Syndikat zu vereinigen, scheiterten nach langwierigen Verhandlungen, doch gelang es jedoch noch, in letzter Stunde eine Preiskonvention aufzustellen, so daß die Ergebnisse aus diesem Geschäft mit der in den letzten Monaten erfolgten Abzugsbeladung wieder eine erfreuliche Besserung erzielten.

Für die Beurteilung der weiteren Aussichten des Kali marktes ist, wie für das gesamte Wirtschaftsleben, die Lösung des Goldproblems von ausschlaggebender Bedeutung. Dieses Problem steht im innigen Zusammenhang mit unseren Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum. Man gelangt jetzt allmählich auch aus der Sogenannte zu der Einsicht, daß mit der verlangten Abgabe von jährlich rund 3½ Goldmillionen der Bogen ursinnig überspannt wurde.

Der gänzliche Zusammenbruch unserer Währung hätte damit unvorstellbarlich sein. Das eigene Interesse unserer früheren Gegner, deren Handel und Industrie hauptsächlich mit infolge der schlechten deutschen Währung darunter leidet, verlangt es immer gebiebener, ein 60-Millionen-Vollkreditfähig und damit lebensfähig zu erhalten. Was uns, not wahr, ist zunächst die Wiederaufstellung eines voluntaristischen Gleichgewichts als Grundlage für ein einigermaßen stabiles Wirtschaftsleben am Wieder aufbau. Daß man bei diesem Wiederaufbau auch der deutschen Kali industrie, deren Umsatz trotz der widrigen Verhältnisse nur abgenommen hat, sehr schon 2½ Millionen Mark erreicht haben dürfte, eine wichtige Rolle zufallen wird, braucht nicht weiter hingezogen zu werden. Es sei nun daran erinnert, daß diese Fabrikate zu den wenigen gehören, die keine Rohstoffe aus dem Auslande einzuführen braucht, daß im Gegenteil das Ausland auf die Produkte dieser Industrie angewiesen ist und, falls unsere Reparationsverpflichtungen mehr durch Kaufleistungen zu erfüllen sind, man die deutschen Geschäfte um so williger nebstehen wird, als ihr Preis mit kleinerer oder doch relativ nur geringfügigen Schädigungen der ausländischen Industrien verhindern sein wird.

Geschickte Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen über den Montforttarif, die unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums am 30. und 31. Januar sowie am 1. Februar in Halle stattfanden, sind geschiedet. Das Schiedsgericht hat über die strittigen Fragen einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der nach Ablehnung durch die Parteien zum Schiedsspruch erhoben worden ist. Der Schiedsspruch sieht eine Verlängerung der Arbeitszeit für Handarbeiter und eine Verkürzung der Löhne für jugendliche Arbeiter vor. Die wichtigste Frage betrifft die Ausschaltung der Haushaltserlöse vom Bezug des Soziallohnes und des Urlaubsgeldes, soll einer zentralen Regelung vorbehalten bleiben. Die Arbeitnehmer lehnten auch dieses ab.

Bei den Lohnverhandlungen wurde ebenfalls keine Einigung erzielt. Auf Grund der zentralen Verhandlungen sollte eine durchschnittliche Lohnzulage von 10 Mt. je Schicht und Kopf erfolgen. Danach ist auch die Lohnpreiserhöhung bemessen. Trotzdem die Arbeitgeber dem Reichslohnverband gegenüber den Beweis erbringen müssen, daß die 10 Mt. respektive zur Lohnzulage verwandt werden können, wollen die Arbeitgeber nur den über 18 Jahre alten Arbeitern diese 10 Mt. bewilligen und die jugendlichen Arbeiter davon ausschließen; diese sollen nur 6 Mt. pro Schicht erhalten. Mit dieser Regelung waren die Arbeitnehmer wohl einverstanden, doch sollte die übrigbleibende Summe zur Erhöhung des Gehängeausgleiches verbraucht werden. Letzteres lehnten die Arbeitgeber ab. Darauf sind die Verhandlungen geblieben.

Wenn es nicht im letzten Augenblick noch zu einer Vereinigung kommt, ist zu befürchten, daß es im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zu schweren wirtschaftlichen Veränderungen kommt.

Einsigkeit macht stark!

Die Riedelstein hat die Gewerkschaften schon seit ihrem Auftreten durch Zusammenfassung aller in bestimmten Betriebsgruppen arbeitenden Kollegen die Entwicklung möglichst günstiger Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Seit nach der Revolution war es möglich, durch die Riedelstein-Zentrale in größerem Umfang dem ersten Ziel näher zu kommen. Die am 22. Dezember 1918 erlassene Verordnung des Rates der Volksbeauftragten, wonach durch Allgemeinverbindlichkeit des Rates befreit alle Arbeitgeber und -nehmer, die durch solche Tarife erfaßt werden, zur Einhaltung der Tarifbestimmungen verpflichtet sind, war ein bedeutender Fortschritt auf diesem Weg gegenüber dem bisherigen Zustand.

Doch es gibt leider auch heute noch Gewerkschaftsvertreter, die bei ihren Arbeitern die festgelegte Entwicklung des Sozial-

"Einsigkeit macht stark" nach jeder Richtung hin unterlassen und durch ihre eigenartigen Bräuche die Gesamtinteressen der organisierten Arbeiterschaft dadurch schädigen, ergibt sich aus folgendem:

Für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer der chemischen Berufsgenossenschaft gehörigen Betriebe besteht seit dem 19. Juli 1919 ein Tarifvertrag, welcher sich über das ganze deutsche Reich erstreckt. Die Tarifvereinbarung kommt mit Zustimmung der beteiligten Fachorganisationen seitens der freien Gewerkschaften der Verbände der Fabrikarbeiter Deutschlands in Frage. Die Böhrer werden in bestimmten Bezirken, die sich meist mit den Provinzen decken, gewählt.

Unter diesen Verträgen fallen auch die der chemischen Berufsgenossenschaft angehörenden Klägerwerke, welche innerhalb Deutschlands mehr als 20 Betriebsbetriebe unterhalten, in denen die zum Bahnbau und im Postbetrieb usw. erforderlichen Meilen- und Schwellen längst länger Gültigkeit imprägniert werden. Hierbei werden die in anderen Werken bestehenden Gesellschaften chemischen Impregnierstoffe verwendet. Daraus geht unzweckhaft hervor, daß diese Arbeitnehmer unter genannten Tarif für chemische Betriebe fallen, denn der Zweck ist die Impregnierung (die sogenannte Anstreiche), daß die Schwellen nach in den Osten transportiert werden müßten oder auf dem Platz geklopft werden, dann doch der Mensch als durchschlagend anzusehen. Die Betriebsleitung gehört auch dem Arbeitgeberverband für die chemische Industrie an und zahlt die vereinbarten Böhne.

Andererseits den Transportarbeiter-Verband resp. seine Funktionäre für die Provinz Brandenburg. In Küstrin, Swinemünde und Gubenheide sind circa 80 der genannten Arbeitnehmer seine Mitglieder, während die übrigen 3000 Arbeiter der anderen Betriebe der Klägerwerke selbst im Fabrikarbeiterverband organisiert sind. Statt nun einheitlich mit uns durch den Ausbau des chemischen Tarifs für die dortigen Kollegen einzutreten aber noch rüchtiger den Wechsel der 80 Arbeiter zum Fabrikarbeiterverband zu veranlassen, auch man den verbindlichen Tarif zuabolieren und durch allerlei Art... den Arbeitern zu erwecken, als ob außerhalb des Tarifs etwas zu erreichen sei. Ja, selbst auch wenn man durch einen in Swinemünde und Gubenheide im vergangenen Jahre geführten Streik von mehrdeutiger Natur und die daraus im Arbeitsministerium berufene Beleidigung sich davon überzeugen müßte, daß dies Beginnen gänzlich unzwecklos sei und nur zum Schaden der Kollegen ansiehten möge, verträgt man heute wieder solche, mit parlamentarischen Worten gar nicht zu bezeichnenden Differenzen.

Andererseits kann man die im Frankfurter "Vollkreis" vereinigten, von vorn bis hinten von Entwicklungen unserer Zeitung nach sogar wissenschaftlichen Erstellungen strotzenden Ansprüchen des dem Fabrikarbeiterverband angehörenden Betriebsrates nicht begegnen, und es wird Bände, wenn man die Belegschaft von 2½ Betrieben als übergröße Mehrheit, dagegen solche von 2½ Betrieben als Minorität bezeichnet, nur um die paar Mitglieder nicht ihrer zuständigen Organisation zugehören und damit die Einheitsfront herstellen zu müssen. Funktionäre des Transportarbeiterverbandes schenken sich nicht unter Anwendung von unklamer Mitteln unserer Mitglieder zum Wechsel zu verzeigen. Darum, Kollegen allerorts, aufgepaßt!

Alle Betriebsarbeiter der Betriebe, die der chemischen Berufsgenossenschaft angehören sind, gehören in den Fabrikarbeiterverband. „Nur Einsigkeit macht stark!“

Th. Neumann.

Unfälle, Explosionen.

Stettin. In der chemischen Produktionsfabrik Pommersdorf verunglückte am 16. Januar 1922 der Kollege Fritz Grischel beim Verladen von Superphosphat in den Waggon. Er zog sich einen kompletten Unterarmbruch zu und wurde sofort ins Krankenhaus befördert. Das Superphosphat, welches mehrere Meter hoch lag, wurde mittels Karren von unten abgeladen, und bei Forderung der Flasche entstand eine Unterzündung des Prenges. (Das Unterzünden ist verboten. Die Reg.) Als die Kollegen im Prengis waren, mit dem Karren abzuziehen, löste plötzlich ein mehrere Sekunden schwaches Erdbeben, und da der Kollege nicht mehr so schnell aus der Gefahrenzone entwischen konnte, wurde er von der Flasche mit Gewalt gegen die Karre geschleudert und zog sich schwere Verletzung zu.

Am 25. Januar erlitt im selben Betrieb der 14. Jahr ein Kollege Gustav Schatz eine Gasvergiftung. Der Kollege hatte sich während der Mittagszeit in unmittelbare Nähe eines Ofens gelegt, welcher unkontrolliert und während die Kollegen im Prengis waren, mit dem Karren abzuziehen, löste plötzlich ein mehrere Sekunden schwaches Erdbeben, und da der Kollege nicht mehr so schnell aus der Gefahrenzone entwischen konnte, wurde er von der Flasche mit Gewalt gegen die Karre geschleudert und zog sich schwere Verletzung zu.

Neiderich. Im Braunkohlengruben der Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenwerke Neiderich wurde am 9. Januar dem Arbeiter Vogel der Unterkantenschwanz abgeschnitten. Vogel war damit beschäftigt, an einem im Betrieb befindlichen Gleisbett mit einem kleinen Handhaken am oberen Ende des Gleisbretts leicht Klappchen der Böden jeden einzeln zu reinigen. Hierbei fiel er von seinem primitiven Sitz auf dem unteren Ende des Gleisbretts aus und in eine direkt unter dem oberen Ende des Gleisbretts horizontal laufende Schiene geraten. Diese Schiene war zufällig gerade, sonst hätte dieser Unfall nicht passieren können.

Papier-Industrie ***

Ein Eingeständnis der Unternehmer.

(Zur Frage der Soziallöhne.)

Seit einigen Jahren legen verschiedene Unternehmensgruppen, darunter auch aus der Papierindustrie, ein recht auffallendes Wohlwollen für die Arbeitnehmer mit kinderreichen Familien an den Tag. Besonders scharf tritt dieses „Wohlwollen“ dann in Erscheinung, wenn infolge sprunghafter Steigerung der Preise ein schärferes Ansteigen der Wohnhäuser eintritt. In den allermeisten Fällen motivieren die Unternehmer ihr Eintreten für die soziale Entlohnung mit der sehr sicheren Behauptung, daß der Lebensunterhalt für den verheirateten und kinderreichen Familienvater leichter und schwieriger zu bestreiten ist, als für den kinderlosen Familienvater oder den ledigen Arbeiter.

Diese Tatsache wird bei Lohnbewegungen auch von den verheirateten Arbeitern gelegentlich berücksichtigt und in den solchen auch in Wort und Schrift geltend gemacht worden. Den Gewerkschaften ist es nie eingefallen, diese unzulässige Tatsache abzuschreiten, sie haben vielmehr deren Richtigkeit anerkannt. Leider waren sie gezwungen, trotz allem ihrer Kollegenhaft die Abstimmung der sozialen Entlohnung aufzugeben, da das deutsche Unternehmerium bisher noch nicht bereit war, der Arbeiterschaft und den Gewerkschaftsorganisationen Garantien dafür zu geben, daß diese soziale Entlohnung in ihrem Endeffekt nicht ungünstiger den verheirateten und kinderreichen Familien ausfällt.

Unsere dahingehenden Befürchtungen wurden einmal durch das Verhalten der Unternehmer bei Lohnbewegungen selber, welche damals streben, an Lohnzulagen so wenig wie nur möglich zu geben und dafür Familien- und Kinderzulagen zu gewähren. Zugleich hörten dann die Mitglieder der Lohnkommissionen das Ziel von der Verschwendungsucht der zigarettenrauchenden Arbeiterjugend. Selbst Rauchzettel- und Schuhzulagen auf Wollfaser und Schematizierungsplänen mußten herhalten. Mit-

Begründung der Niederhaltung der Löhne für die unverheirateten und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. In sehr vielen Fällen ließen sich die Unternehmer von diesem Stedtenpferd erzwingen, nachdem wir ihnen in kräftigen Worten den oftmals recht tollen Lebenswandel der sogenannten akademischen Jugend vor Augen führten und sie an die Wein- und Sektgeloge jener Kriegs- und Revolutionsgewinner erinnerten, deren Treiben selbst schon zum Schandfleck unserer Provinzstädte geworden ist. Von einigen wirtschaftlich sozial führenden Unternehmern abgesehen, verfolgten die Unternehmer mit ihrem Angebot der sozialen Entlohnung den Zweck, die allgemeine Entlohnung möglichst niedrig zu halten und dadurch an der Entlohnung der Arbeiterschaft zu sparen.

Weiterhin machte sich aber die soziale Entlohnung auf dem Arbeitsmarkt recht unliebsam bemerkbar zu ungunsten der verheirateten, kinderreichen Familien. Die Anfrage der Fabrikspriets nach der Kinderzahl bei Einstellungen, genau wie vor dem Kriege, die Bewegungung unverheirateter jüngerer Arbeitskräfte an Stelle der Verheirateten bei den Einstellungen von Arbeitskräften mußte den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern zu denken geben. Die Tatsache, daß, um Lohn zu sparen, die Unternehmer zur Einstellung jüngerer Arbeitskräfte übergehen, wurde uns nicht nur von der Kollegenschaft aus den Betrieben, sondern auch von den Arbeitsaufweisen in deren Berichten bestätigt, in denen mehrfach darauf hingewiesen wurde, daß bei gutem Geschäftsgang ein Mangel an jungen Arbeitskräften vorhanden, dagegen ein Übermaß an verheirateten, kinderreichen Arbeitern zu verzeichnen war.

Diese Tatsache wird uns nun auch durch den sächsischen Industriebehördenverband in Dresden bestätigt, der durch sein Bureau zur Verbreitung vollständigstes Material ein Flugblatt auf Wunsch der Unternehmer an sich verbreiten lässt und das behält ist: „Schädigung der Arbeiterklasse durch Lohntrüberei einzelner Berufsgruppen!“ Die Geschwindigkeit des Umlaufs der Veröffentlichung und Verbreitung geht sogar so weit, daß der sächsische Industriebehördenverband vergessen hat, den Drucker und Verleger auf dem Flugblatt obet wenigstens seine eigene Stimme anzugeben.

Auf diesem Flugblatt ist nun eine Stelle besonders bedeutend, die sich mit den Sozialleistungen beschäftigt und die von uns seit jeher ausgeschriebenen Verpflichtungen vollumfänglich bestätigt. Der im Fazit formulierende Abschluß des Flugblattes lautet:

Auf eins möchte noch hingewiesen werden: Die fortwährende Zuerstung trifft natürlich den Familienvater mehr als den Sohnen. Aber auf welche Sache würden wir geraten, wenn wir den einzigen sicheren Maßstab für den Sohn, nämlich den der Arbeitsleistung, verlassen und die Sohngulagen nach dem Gutseigentum des Arbeiters bemessen wollten, wie es häufig vorgefallen ist!

Die Gehalts Höhe soll gerecht sein, d. h. der Arbeitende soll so viel aus dem allgemeinen Produktionsergebnis empfangen, als er zu ihm beiträgt, damit soll die Gehalts Höhe zugleich auch den Zweck der Erhöhung der Leistungen haben.

Auch die Arbeitet selbst werden bestimmtlich in ihrer großen Menge nicht davon können, daß ein fleißiger, geschickter Mann mit großem Erfolgserfolge mit weniger leidet geringeren Erfolgserfolg weniger Lohn erzielen soll, als ein fauler, ungeschickter mit mehr Lohnen.

„In Zeiten rüngängiger Konjunktur
würden die Arbeitnehmer mit zahlreicher
Familie natürliche schwerer Arbeit finden
als die anderen.“

Zweckes der lebte vor uns untersuchene Soz in diesem
Augenblick ist ein Sondertheit, das vor unsrer Seite den mit
den Sozialisten zusammenhangenden Interessen nicht oft genug beton-
tugen gehalten werden kann. Aber auch wirre für Sozialistische
Interessen der Kollegen müssen sich diesen Soz gut in des Ge-
meinsame bringen, zeigt er doch den sozialen Schriftsteller, an dem der
erhebliche funktionelle Sinnunterschied bei passender Gelegenheit
ausdrücklich erkennen soll.

Zur Verbesserung der wirtschaftl. sozialen Verhältnisse und erfüllenden-
der Bedürfnisse wollen wir noch einmal betonen, daß wir auf
das Prinzip der jüdischen Gottesfürcht sofort eingehen, jedoch die
christliche und ihre Organisationen diese Gottesfürchtmaßnahme
nicht zur Durchführung der Folge in allgemeinen bewilligen, und
daher die Durchsetzung geistlich oder spirituellfähig ein Kirch-
gesetzmaßnahmen bei der Empfehlung von Arbeitsmärkten gehabt
sind, ist dies definitiv auch ein gesetzliches Eben und ein Recht auf
Arbeitsgelegenheit für die verarmten und leidenden Schaffens-
kraften gegeben ist. Es ist dann werden die Gesellschaften kirchlich
und weltlich zu einer Einigung und einem Frieden und einer Freiheit

Die Neukonstruktion des Kriegsgegenstandes über die „Fakten und wissenschaftlichen Theorieen mit mehreren Studien“ wollen wir nicht noch behaupten eingehen; je weniger den Schriftstellerin zur Gelegenheit, wie falsch bzw. „fehlend“ Wohlwollen“ trüffelnde Unwahrheiten verdeckt. Nur dass soziale Eltern der Kritik und ihrer Sondertheorie.

G. Stebler

Papierverarbeitende Industrien

**Die wissenschaftliche Lage der Capellenarbeiter und die
Frage des und Zirkel unseres Verbandes.**

Hier hat diese Zeit mit der Thronrede, welche
Philipps (Emperor) am Sonntag, 25. Januar, in einer
Schwefelkohlenhütte in Sachsen einen sehr interessanten Sohn, der
die ersten Erfolge seiner Regierung und folglich ein
sehr glückliches Ende.

Seine Freiheit und seine Rechte der Meinung gewährt die eine Seite
auf der Bühne, die in allen geistigen und Seelischen die gesetz-
liche Rechte vertritt, die andere Seite hat keinen rechten Vertritt
auf dieser. So wird bei der Aufführung der Dreyfus-Aufführung, welche in
der Bühne gegen über den revolutionären Revolutionären zu leben ge-
wagt und gewagt wird, Schauspieler, welche Revolutionäre waren, ebenfalls
die politische Freiheit als eine Abgrenzung bezeichnet und keine ausreichende
Rechte, mit es bei der Bühnenrede nach einer revolutionären Präsentation
einen Aufschwung befiehlt, wie eine gewisse jüdische Revolutionäre bei der
Bühnenrede erwartet und zu bedauern mit ihrer Sage erscheine. Hier ist
eine politische und soziale Welle des Schauspiels fort: „Geh
den Menschen frei, die Mutter kommt doch nicht!“ Und wir anderen
sagen: „Siehe wie die revolutionären Revolutionäre auf
der Bühne sind. Siehe die Revolutionäre sind diese Revolutionäre, Ihnen
gehört nach einer solchen Sichtung und Meinungsverschiedenheit die
soziale Welle der Revolutionäre, Ihnen ist Schauspiel immer die bestreit-

Unter allen Säulen quellen die durch ihre weichen Teile die schweren
Schwundlinien mit den entsprechenden Gängen für die Säulen. Einzelne
Säulen befinden sich dann die Westfassade verhüllt. Von allen

mur denkbar möglichen Kulturgenußen hingeben zu können; Die werktätige Arbeiterschaft wolle aber nicht lediglich Kulturdünger sein, sondern en dem Ergebnis ihrer kulturfördernden Arbeit selbst teilnehmen.

Um Anfangsschadität der gewerkschaftlichen Bewegung sei es in jedem Lande die bürgerliche Welt gerezen, welche die Arbeiterschaft zur Vereinigung getrieben hätte. Besämend für den Stand unserer heutigen Kultur sei es, wenn sich die Forderungen der Gemeindeschaften ausnahmslos auf die sozialistischen Ansprüche, auf eine menschenwürdige Lebenshaltung beziehen müssen und trotzdem noch vielfach erbitterte Kämpfe zu ihrer Durchsetzung notwendig seien. Es sei gleichfalls ein befriedigendes Zeichen, wenn die Berechtigung der Forderung höherer Löhne ohne Verächtigung der geistigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft durch besondere Siedlungen über die gesuchte Erhöhung der Preise für die allernötigsten Nahrungsmittel erst nachgewiesen werden müsse und selbst dann, wenn dieser Nachweis erbracht wurde, seien die Forderungen der Arbeiterschaft von den Arbeitgebern und ihren Organisationen als unverträglich erklärt. Um Heitalter bei intensivsten Arbeitssteilung hätten auch die Gewerkschaften ein ziemlich schwer umgrenztes Gebiet, auf dem sie ihre Haupttätigkeit auszuüben haben, ohne daß sie deshalb den wohlbekannten Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben zu verlieren trachten. Dies Gebiet sei: „die Produktion und Erziehung der Brustanschuldigen zum gemeinsamen Handeln zwecks Verbesserung ihrer sozialistischen Lage“. Nur durch gemeinsames Handeln könne diese Verbesserung herbeigeführt werden, und erst in der Erhöhung und Sicherung der Lebenshaltung der Gemeinschaft liege die Sicherheit für die Existenz des einzelnen. Für uns sei das Wohl der Gemeinschaft das höchste Ideal. Der Wohlstand der breiten Massen der Arbeiterschaft schaffe aus sich selbst heraus Abwehrmöglichkeiten genug für alle Waren und verhindere somit die Krise, die schreckliche Plage der Arbeiterschaft.

sollten aber mehr als bisher an den wirtschaftlichen Dingen Anteil nehmen, dann ginge es auch vorwärts trotz allem. — Der Versammlungsleiter sah noch einmal für das Ergebnis der Versammlung zusammen, dankte dem Kollegen Philipp für seine vorzülichen Ausführungen und gab der Versammlung seinen Erwartungen dahin Ausdruck, daß der gute Versammlungsbezug auch dann zu verzeichnen sein möge, wenn kein Referent aus Hannover anwesend sei. Das leitete baldigst hauptsächlich die Kollegiaten. Ferner wurde noch bekanntgemacht, daß infolge Erkrankung des Betriebsräte-Schreibern, Kollegen Adler, die angekündigten Vortragshörte vorläufig ausfallen müssen. Mit dem Wunsche, den Kollegen Philipp bald wieder in Linienburg zu sehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Industrie der Steine und Erden

Die Lehrlingsfrage in der Zementwaren- und Kunstsstein-Industrie.

Die Zementwaren- und Kunstoffstein-Industrie ist eine der jüngsten Industrien. Sie steht daher noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Ihren Ursprung nahm sie im Baugewerbe, indem einzelne Baubetriebe dazu übergingen, die vorher aus Naturstein hergestellten Treppenstufen und sonstigen Bauwerksstücken aus Beton anzufertigen. Die Neuerung bewährte sich und sicherte damit ihre Ausdehnung. Zunächst ging diese Ausdehnung in die Breite. Die Zahl der Betriebe, die zur Herstellung von Betonwaren übergingen, mehrten sich. Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Betons förderte dann die Ausdehnung in die Tiefe. Außer Bauwerksstücken wurden nun auch Fußplatten, Röhren usw. hergestellt. Mit dieser Ausdehnung war auch der Weg zur selbständigen Industrie gegeben. Es entstanden die Zementwaren- und Kunstoffsteinbetriebe, die vom Baugewerbe vollständig losgelöst waren. Mit dieser Entwicklung gleichlaufend, vollzog sich die Erweiterung der Produktionsarten.

Die heutige Zementwaren- und Kunstein-Industrie hat mit dem Baugewerbe nur noch geringe Verbindungspunkte. Die schon lange vielgestaltige Verwendungsmöglichkeit schafft der Industrie eine aussichtsvolle Zukunft. Die hohen Preise für Holz und Eisen erfordern für ihre Ausdehnung nach jeder Richtung. Die noch vorhandenen Verbindungspunkte mit dem Baugewerbe verlieren damit auch mehr an Bedeutung. Die zu erwartende günstige Entwicklung kommt natürlich nicht von selbst, sie muß vielmehr gefördert werden. Sie kann gefördert werden durch eine hochwertige Produktion, durch Qualitätssarbeit. An der günstigen Entwicklung der Industrie ist natürlich auch die Arbeiterschaft interessiert. Denn in einer daniedersiegenden Industrie hat die Arbeiterschaft selbst keinen Aufstieg zu erwarten. Sie muß deshalb auch bei der Förderung der Entwicklung mitwirken. Will die Arbeiterschaft am wirtschaftlichen Fortschritt der Industrie Anteil nehmen, dann muß sie auch zum technischen Fortschritt ihren Teil beitragen. Denn ein wirtschaftlicher Fortschritt bedingt den technischen Fortschritt.

Will die Industrie Qualitätsarbeit leisten, so braucht sie qualitätsarbeiter oder Facharbeiter. Die können nun freilich nicht vom Väder gebadet, sondern müssen angelernt werden. So weit heute in der Zementwaren- und Kunstein-Industrie Facharbeiter beschäftigt werden, entstammen sie dem *au gewerbe*, dem *Steinmetz*, *Stukkateur*, *Tru fe usw.* Dieses Rekrutierungsgebiet hat durch den Mangel Bauhandwerker eine wesentliche Einschränkung erfahren. Eine Selektion von geeigneten Facharbeitern für die Zementwaren- und Kunstein-Industrie ist daher schwierig möglich. Soll das Bestehen und die Entwicklung der Industrie nicht unter diesem Mangel leiden, so muß ihm abgeholfen werden. Und das geschieht zweckmäßig durch Anleitung eigener Kräfte.

Der Arbeitgeberbund der Zementwaren- und Kunstdisen-
bustrie ist deshalb vor einiger Zeit mit dem Vorshcig an uns
vongetreten, Lehrlinge einzustellen und auszubilden. Wir haben
zugesimmt, unter Würdigung der oben dargelegten Umstände.
Die Zustimmung erfolgte unter dem Vorbehalt, daß das Lehr-
gewesen durch unsere Mitwirkung und in unserem Einverständnis
abgelaufen solgt. Das wurde vom Arbeitgeberbund zugesagt. Demgemäß
verbreiteten wir dem Arbeitgeberbund die Entwürfe einer L e h r -
ordnung s o r d ' n u n g und eines L e h r v e r t r a g e s . Die Lehr-
ordnung regelt das Recht und die Bedingungen zur Lehr-
zeitstellung und Lehrlingsausbildung; ferner die Lehrlingss-
etzung und die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen.
Diese Lehrlingsordnung wird zwischen den Kontrahenten des
Arbeitsvertrages für die Zementwaren- und Kunstdisen-Indu-
strie eingehalten.

Der Lehrvertrag wird zwischen dem Lehrherren und
seiner gesetzlichen Vertreter des Lehrlings abgeschlossen. Er enthält
Regelung der Arbeitszeit, der Entlohnung und des Urlaubs
des Lehrling, ferner die Bestimmungen der Prüfung und der
Vertragserlösung sowie die Pflichten und Rechte der beiden Par-
teien des Lehrvertrages. Die Verhandlungen, die im Dezember
über stattfanden, führten zur vorläufigen Annahme
eines etwas abgeänderten Entwurfs. Nur in der von uns ge-
dernten Bestimmung, daß, wenn der Lehrvertrag auf Vererlaßung
z durch die Schuld des Lehrherren aufgelöst wird, dem Lehrling
Differenz zwischen seinem Lohn und dem Lohn der Arbeiter
eines Allers für die Dauer der Lehrzeit nachgezahlt wird, war
die Einigung nicht zu erzielen. Die beiden Parteien wurden
dann nur vorläufig vereinbart, das heißt, beide Vertragsparteien
wollten mit ihren Mitgliedern erst in Fühlung treten, um die er-
forderliche Zustimmung zu erhalten. Für unsere Organisation
das bedeutsch geschehen, daß wir den Zahlstellen mit bedeutender
Montan- und Kunstmühle Industrie sowohl unsere Entwürfe,
als auch die vorläufigen Vereinbarungen zur Kenntnisnahme und

führung zugeföhrt haben. Daraus hin gingen jü i Abände-
rungsanträge ein. Der eine bezieht sich auf die Altersgrenze
Lehrläufe. Diese soll mit Rücksicht auf die körperlich anstreng-
ende Arbeit in der Regel nicht unter 16 Jahren sein.
Der zweite Antrag enthält die Wünsche der unentgeltlichen
Erzeugstellung durch den Lehrläufers. Aber auch die Arbeitgeber haben Änderungen beantragt. Die vor-
liegenden Vereinbarungen haben missin noch keine Geltung erlangt.
Um die etwa schon abgeschlossenen Lehrverträge in unsere Organis-
ation nicht haftbar zu machen.

Ken haben sich einzelne Kollegen unserer Organisation gegen Einstellung vor Lehrlingen erklärt. Die Gründe sind verschieden. Vor allem werden die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit in Abrede gestellt. Diese werden aber schon nachgewiesen durch die Tatsache, daß man Facharbeit aus anderen Werken

der Unternehmer und Arbeiter unterzogen wird, wobei auch der zuständige Arbeitsnachweis als Gutachter gehörte werden muß. Die so geprüften Anträge sollen dann an das zuständige Arbeitsamt weitergegeben werden. Hier erfolgt die Entscheidung durch den paritätischen Ausschuß oder, falls solcher nicht besteht, durch einen besonders zu bildenden paritätischen Ausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Ausschuß soll die Pflicht haben, zunächst festzustellen, ob der Bedarf nicht durch Ausführung geeigneter beruflicher Arbeitskräfte aus anderen Bezirken gedeckt werden kann, unter Beachtung des Geschäftspunktes, daß erreicht werden muß, daß die Produktion unabhängig vom Buzuge ausländischer Arbeiter wird. Genehmigungen sollen daher nur bestellt werden und unter Umständen von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß der Arbeitgeber sich verpflichtet, geeignete Wohnungen für ehemalische Landarbeiter herzustellen und solche nur deutschen Arbeitskräften zu überlassen.

Einfreisichtsermächtigung für ausländische Industriearbeiter fallen, wie bisher schon, mit erteilt werden, wenn die für den Zielort zuständige Behörde in jedem Einzelfall dem Buzug stimmt, nach Abschaltung des Landesarbeitsamtes. Die Genehmigung soll nicht erfolgen, wenn ein Bedürfnis über eine Unterkunfts möglichkeit nicht besteht. Das Gutachten der Landesarbeitsämter soll durch den betreffenden paritätischen Ausschuß erfolgen, sobald der Arbeitsnachweis des Zielortes vorher zu hören ist. Auch hier soll die Genehmigung nur bestellt erfolgen und in geeigneten Fällen von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden, so im besonderen, daß der betreffende Arbeitgeber deutsche Arbeitskräfte in genügender Zahl einsetzt, um Ausländer allmählich ersetzen zu können. Den Landesarbeitsämtern wird als behördliche Pflicht zugewiesen, den Umfang der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sorgfältig zu prühen und die Indifferenz zum Erfolg durch deutsche Arbeiter, durch Anierung und Berufseröffnung, zu dringen. Mit der neuen Verfügung hat man die Überweitung des Buzuges ausländischer Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie in die Hände paritätischer Fortgeschäften gesetzt. Aufgabe der Gewerkschaften wird in dieser Kommission sein, unter Wahrung wirklich berechtigter Interessen der deutschen Wirtschaft dafür zu sorgen, daß nicht das Eindringen ausländischer Arbeiter die Unterbringung unserer Erwerbstiere verhindert, oder daß der ausländische Arbeiter zum Zweck des Vohndrucks herangezogen werden kann.

Aktionsgemeinschaft für Unfallversicherung.

Inmitten dieser Aktionsgemeinschaft, in welcher neben den Betriebsgewerkschaften den Fachverbänden der Maschinenfabrikanten und die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmerverbände vertreten sind, haben sich Fachausschüsse gebildet, die sich mit den Arbeiten der Unfallversicherung innerhalb der verhandelten Fabrikguppen beschäftigen sollen. — Bisher hat je ein Fachausschuß für die Maschinen der Holzbearbeitung, ebenso ein solcher für die Maschinen des Buchdruck- und Zeitungs-Gewerbes getagt. Die weitere Tagung der Fachausschüsse für die Maschinen der Lebensmittel, Textil-, Metall- und chemischen Industrie wird in der nächsten Zeit stattfinden.

In Hand von Leistungen zur Förderung der Unfallversicherung, die sich teilen in Forderungen an die a) Maschinenfabrikanten, b) Betriebsgewerkschaften, c) Gewerkschaften, werden die Fachausschüsse bemühen, die gesetzten Ziele zu erreichen. So wird den Fachgewerkschaften u. a. aufgegeben, daß sie mit Maschinen leisten, bei denen die zur Zeit von den Betriebsgewerkschaften vorgelegten Sicherheitsvorschriften gleich entsprechen und im Preise eingehalten sind. Bei Neuvertraktions von Maschinen bei der Verfasser soll der erforderlichen Sorgfalt zu achten, ob neuere Sicherheitsvorschriften möglic sind und die bisher vorgelegten Vorschriften berücksichtigt werden. Zur Hilfe von Reparaturen sind die neuen Sicherheitsvorschriften zu ergänzen und behändigte anzubieten. Auf Ausstellungen und Messen, bei Herstellung von Schülern und Besuchern, sollen die Maschinen mit Sicherheitsvorschriften versegt werden. Die Betriebsgewerkschaften werden bemüht, den Fachverbänden der Maschinenindustrie fortlaufend Bericht zu erfüllen, in welchem Umfang und an welchen Gefahren der von ihnen hergestellten Maschinen sich Unfälle ereignen. Ihre Mitglieder soll auf die Verbesserungen aus den Unfallversicherungsschäden hinzuwirken und zu verzwecken, bei Maschinenabstürzen falls die Wissenswert der Sicherheitsmaßnahmen zu fordern. Den Gewerkschaften sind solche Maßnahmen bekanntzugeben, die eine raschere bzw. verhindrende Herabnahme zweier der Verfahren ermöglichen lassen. Die Gewerkschaften sollen mit Hilfe des von den Betriebsgewerkschaften zur Sicherung geschaffenen Materials dafür wirken, daß die Verfasser die Unfallversicherungsschäden genau beachten und füll nicht und nicht auszunutzen, auszuprägen zu müssen. Serner sollen sie die aus der Praxis der erzielbaren Sicherheitsvorschriften ihrer Mitglieder für den Unfallversicherungsschaden und die Betriebsgewerkschaften bei ihren Unfallversicherungsschäden unterstützen.

Unser Wunscher, insbesondere die Betriebsärzte, tragen diese letztere befürworten und durch die Hand der Dissidenten zum Hauptthema Sicherheitsvorschriften einzuhören. Al-

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Sozialist

Zur 27. Sitzung erhielt die Belegschaftsgesellschaft Sozialist (SOG) einen Sonderbericht, der den 26. erfaßte. Er wurde nach dem Sitzungsbeginn gelesen, so wie bereits am 28. Januar, um gegen 6 Uhr, im Büro der 57. Sitzung verlesen.

Sozialist war bis zum Jahre 1918 Mitglied seines Verbands. Aber es war nicht nur das, es war besonders in den neunzig Jahren besonders schwierig für den Verband nicht mehr aus organisatorischem Grunde in der entsprechenden Zeitstelle hemmunglos zu handeln. Es hat durch ihre organisierte Amt und wichtigen Kollegen und wichtige Reaktionen eingeschritten und dem Verband angeführt. Auf vielerlei Organisationen im Jahre 1918, so die Gründerin unserer Sozialisten geworden und sie bei denungen Mitgliedschaften aus 1918 des gewerkschaftlichen Gewerkschaftsvereins 1918. Außerdem war sie als Delegierte auf dem Reichstag angetreten, wo sie sich bereits sehr an den Verhandlungen beteiligte. Auf dem Reichstag im Jahre 1918, als die einzige der Schaffung einer eigenen Gewerkschaftsgesellschaft erfuhr, hatte die Kollegin Siegfried das Repräsentant und der erste Krieg verhindert.

Kollegin Siegfried das Vorrecht. Sie trat für das Verbleiben der Landarbeiter bei unserem Verband ein. Der Verbandsstag entsprach dem, entschied aber bereits zwei Jahre später gegenläufig. Luise Siegfried war eine Kämpferin bis zu ihrem Ende, der sie bei der Arbeit überrascbt. Wenn einmal die Gewaltwute unseres Verbandes geschrieben wird, werden wir Luise Siegfried unter den wichtigsten Pionieren zu nennen haben. An dieser Stelle sei ihr Dank für ihre aufopfernde Hingabe im Interesse der ungelehrten Proletarier und der Landarbeiter.

Höhere Unterstützungsstufe für Erwerbstiere.

Die Vorstände des ADGB und des All-Bundes haben an den Reichsarbeitsminister folgendes dringende Antrichten gerichtet: die Beiträge der Erwerbstiere der weiter sinkenden Kaufkraft des Geldes entsprechend zu erhöhen.

Die Auflage Dezember 1921 erhöhen Unterstützungsstufe für Gewerbebedienstete bringend einer weiteren Erhöhung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bei den Verhandlungen mit den in Frage kommenden Ministerien immer wieder auf die Konsequenzen der mahlenden Verarmung aller Lebensnotwendigkeiten hingewiesen, zuletzt auch bei den Verhandlungen über die neuzeitliche Erhöhung des Brotpreises. Es wurde von den Vertretern der Gewerkschaften verlangt, daß, um die katastrophale Verarmung der Lebenshaltung zu verhindern, eine stärkere steuerliche Belastung des Brotpreises, durchgreifender Einbringung der Steuerabhandlung und die Erfassung der Sachwaren sowohlens erfolge. Zwar aber, unter Berücksichtung der Verarmung der Lebensnotwendigkeiten nicht entgangen, die neue Gewerkschaftsliste, die sich noch ungemein verstärkt, wenn sich die Brotpreiserhöhung voll auswirkt, macht die Lage der Erwerbstiere völlig unbeschreibbar und erfordert bringend eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Unterstützungsstufe.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erinnern daher den Herrn Reichsminister, die angemessene Herausforderung der Beiträge der Erwerbstiere sowohlens in Frage zu stellen.

Gleichzeitig erläutern wir uns, darauf hinzuweisen, daß auch die Beiträge der kindlichen, Alters- und Invalidenrente und der Renten aus dem gleichen Grunde wieder eine Aufbesserung erfahren müssen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

T. Leibhart.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Wilhelm Siede.

Den traditionellen sozialdemokratischen Parteien im Reichstag ist die Forderung gleichfalls unterstellt worden mit dem Bemühe, daß auch die Parteien alles tun, um die erdrückt notwendige Erhöhung der Erwerbstierunterstützung durchzuführen.

Gewerkschaftliches Central-Jugendsekretariat.

Einem Beschuß des Bundesausschusses vom Dezember 1921 entgegen, hat der Bundesvorstand ein Jugendsekretariat eingerichtet. Als Leiter des Sekretariats ist der Genosse Walter Krause berufen. Die Adresse ist Berlin SO 16, Engelbert 24/25.

Ergebnisse der Angestellten-Versicherungswahlen.

Vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (Fa. Bund) liegen bis jetzt, wie den "F. A. B." mitgeteilt wird, aus 440 Wahlbezirkeln Resultate über den Aussatz der Wahl vor, wonach sich das vorläufige Gesamtergebnis wie folgt gestaltet:

Fa. Bund	102 231 Stimmen
Deutsch-nationaler Handlungsgesellen-Verband	55 599
Verzögerte Gewerkschaften	24 372
Gewerkschaft und der Angestellte	64 942
verschiedene Verbände	42 689

Auf die einzelnen Sätze entfallen an Stipa:

Fa. Bund	445 Beiträgerstellen	287 Gewählte
DöB.	231	411
Gewerkschaften	19	66
SG	204	369
verschiedene Verbände	362	696

Demgegenüber ist es interessant festzustellen, daß im Jahre 1912 insgesamt auf die freigewerkschaftlichen Stipa mit 183 Beiträgerstellen und 462 Gewählten entfallen waren. Es ist also, bereits jetzt ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, trotzdem die Wahlen noch längst nicht abgeschlossen sind.

Internationale Arbeiterbewegung.

Der Telegrammbrief zwischen Polenisch und dem Internationalen Gewerkschaftsbund.

Das erste Telegramm bestätigt der Fortsetzung der kommunistischen Gewerkschaft durch die Kommunisten Polens mit der "Proletarier" Nr. 2 bereits mitgeteilt.

Im folgenden veröffentlichen wir die Fortsetzung des Telegramms zwischen Herrn Polenisch und dem Internationalen Gewerkschaftsbund.

Am 30. Dezember lernte das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgendes Telegramm:

Szczecin, 30. Dezember 1921. In Dienststelle Fars. Teleg. vom 16. Dezember, in welchem Erklärung von Einheitsvereinigung der polnischen Gewerkschaftsbewegung verlangt wird, geben wir in unserer zeitigen Vereinigung bestätigt, daß der Kongress der polnischen Gewerkschaften festgestellt hat und daß diese die Einheit der polnischen Gewerkschaften hat. Die in unserem Telegramm gemachte Beklagung ist also nicht erfüllt worden. Nachdem Sie und Ihre Freunde die Einheit schaffen wollen, befiehlt mir Gottwald wegen der Wiederholung einer Erklärung.

Zur 30. Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

W. Lauter.

Dortmit entschuldigt Herr Polenisch unter dem 14. Januar 1922:

Wir haben Ihr zweites Telegramm erhalten. Bezeugung der Teilnahme an internationaler Einigung in Szczecin des Gewerkschaftsbundes ist eine: die Szczeciner Internationale will die Einheit nicht und darf nicht.

Wir unterschreiben, daß gerade jetzt auf Grundlage der vom Gewerkschaftsbund Szczecin eine Einigung in Szczecin möglich ist.

Das zweite Telegramm hat der Internationale Gewerkschaftsbund am 22. Januar folgende Erklärung abgegeben:

Als bestätige des Gesprächs vom 14. 1. 1922, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die Einigkeit nicht und es ist nicht möglich ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bestätigt, daß er die Einigkeit will und diese besteht, als er am 10. Oktober 1919 an die polnischen Gewerkschaften, unter den Beiträgern der entsprechenden Verbände auftrat und sie erklärte, mit diesen in Verbündung zu treten.

Es ist es zweckmäßig, die polnischen Gewerkschaften, zusammenzufassen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat im Jahr 1920 bestätigt, daß er die Einigkeit will und diese besteht, als er die Gewerkschaften zum Befreiungskampf gegen Polen und Russland aufrief.

Die einzige Einheit, die Sie geben, war die Einheit vom Kriegszeitpunkt, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu setzen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat weiter im September und Oktober 1920 bewiesen, daß er die Einigkeit will und nicht bestreitet.

als die ihm angehörenden europäischen Arbeiter, seinem Appell folgend, die für den Krieg gegen Sovjetrussland bestimmten Massenmarsche nach Polen aufstellen.

Dieser Al Internationaler Solidarismus ist es gewesen, der — in schönen Worten aus Ihrem Tongath im Name seines Nahes — die europäische Bourgeoisie daran verhinderte, Sovjetrussland zu erobern.

Neue Verbindungen und neue Taktiken waren keine Antwort. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat hinzudenken, daß er die Einheit wollte und sie in keiner Weise fürchtet.

Sie und die Freien aber haben bis jetzt nichts getan, als die Einheit zu isolieren, öffentlich aus durch vor der Erkenntnis der einzigen Arbeiter, daß Sie den Internationalen Gewerkschaftsbund ohne jede Hilfe verhinderten.

Sie haben.

Geiste des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Vereinigung der demokratischen Arbeiter Italiens.

— so nimmt sich unsere italienische Bruderorganisation — zahlreiche im Jahre 1920 200 000 Mitglieder, eine ganz respektable Zahl für italienische Verhältnisse. Der Kommunismus hat die Arbeiterschaft schwärzigt. Das zeigt sich auch bei der Vereinigung der demokratischen Arbeiter. Durch die Folgen der Kriegszeit wurde der Verband begünstigt, doch er am Ende des Jahres 1921 nur noch 50 000 zahlende Mitglieder zählen konnte. Im abgelaufenen Jahre hatte der Verband mit den Unternehmern schwer zu kämpfen. Das Bestreben für Lohnabkommen konnte nicht immer abgewehrt werden. Die Leitung hat in Italien nicht den Krieg angenommen wie bei uns. So stand die Unternehmer für die hauptmäßigen Nahrungsmittel — wenn man deren Kosten im Juli 1914 gleich 100 setzt — auf 584,45. Die Lebenshaltungskosten haben sich also etwa verdoppelt, während sie bei uns nur um einiges höher geworden sind. Allerdings kommt für die italienischen Kollegen in Frage, daß sie unter einer größeren Arbeitslosigkeit zu leiden haben als die deutschen Arbeiter.

Rundschau.

Die Einführung bezahlter Urlaube für Arbeiter durch Gesetz.

Das tschechoslowakische Abgeordnetenhaus hat im vorigen Jahre, als für die Bergarbeiter die Einführung von bezahlten Urlauben gesetzlich geregelt wurde, eine Entschließung angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, auch für die übrigen Arbeiter ein Gesetz vorzubereiten, das diesen Urlaub sichert. Diesem Besluß des Abgeordnetenhauses ist das "Ministerium für soziale Fürsorge" nachgekommen. Der Gesetzesvorschlag, den die Regierung jetzt von den Gewerkschaftsstellen den Handelskammern und den Unternehmerverbänden begutachtet läßt, befreitigt jedoch keineswegs. Er geht im Ausmaße des Urlaubes nicht einmal so weit wie das Gesetz über die Einführung von Arbeitserlaubnissen im Bergbau. Dort haben bei einer Dienstzeit von mindestens einem Jahre bis zu 5 Jahren die Arbeiter auf 5 Tage, dann von fünf bis 10 Jahren auf 7 Tage, von 10 bis 15 Jahren auf 10 Tage und bei einer Dienstzeit von über 15 Jahren auf 12 Tage Urlaub Anspruch. Den übrigen Arbeitern will man nach dem Gesetzentwurf, den das Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeitet hat, bei einer Dienstzeit von einem Jahre bis zu fünf Jahren einen Urlaub von 5 Tagen sichern, bei einer Dienstzeit von 5 bis zu 10 Jahren werden 6 Tage Urlaub vorgeschlagen und bei einer Dienstzeit von über 10 Jahren soll der Urlaub jährlich 10 Tage betragen. Das österreichische Gesetz über Arbeiterurlaube gibt bis zu einer Dienstzeit von 5 Jahren eine Woche und bei einer Dienstzeit über 5 Jahre 2 Wochen Urlaub.

Trotzdem der Gesetzentwurf über die Arbeiterurlaube gegenüber den Vereinbarungen, die in den größten Industrien in dieser wichtigen sozialpolitischen Frage bereits bestehen, weit zurückliebt, laufen die Unternehmer Sturm gegen den Versuch, die seinerzeitige Entschließung des Abgeordnetenhauses durchzuführen.

Ein Kommunist gegen die RCG.

Um Sonntag, dem 22. Januar, trat der Zentralausschuss der SPÖ zu einer Sitzung zusammen. Beüglich der Gewerkschaften machte das Zentralausschussmitglied Haush folgende bemerkenswerte Ausführungen: "... Die Existenz der Roten Gewerkschaftsinternationale birgt die Gefahr der Spaltung in sich. D'Aragona hat in Italien den Austritt aus der Amsterdamer Internationale abgelehnt, nicht weil er ein Verfechter ist, sondern weil er die Spaltung vermeiden wollte. Die italienischen Gewerkschaftsführer taten recht, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dem organisatorischen Anschluß an Moskau vorzuziehen. In Italien werden mit dem Fortgang der neuen Wirtschaftspolitik die Gewerkschaften sehr bald Kampfscharakter gegen die Radikalen, vielleicht sogar gegen die Sozialregierung annehmen. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Wir sind gegen die Aufrechterhaltung der Roten Gewerkschaftsinternationale."

</